

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 Eingetrogen in der Post-Belegungs-  
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Sonntagen.

**Die Insertions-Bedingungen**  
 beträgt für die sechsstelligen Kolonett-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Beiträge  
 und Bekanntmachungen 30 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 enden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag den 29. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Die verachtete Weltpolitik.

Aus amtlichen Quellen hat man in Deutschland eben nicht viel  
 Zutreffendes über den Chinasfeldzug erfahren. Das deutsche  
 Volk durfte die 800 Millionen bezahlen, die das Abenteuer, dieser  
 schmachvolle Bankrott aller politischen und moralischen Fähigkeiten des  
 herrschenden Regiments, von uns verlangt hat; es konnte sich auch  
 an den Depeschen über Vorgezogene haben und die stittliche Ver-  
 wilderung, die dieser beispiellose Krieg zeitigte, an den Humen-  
 briefen schauernd studieren — die Wahrheit über die blutige  
 Furie hat man uns aber bisher amtlich vorenthalten.

Unmöglich aber begreifen die Thatsachen bekommt zu werden  
 und jede neue Mitteilung belastet das deutsche Schuldenkonto mehr.  
 Eine französische Veröffentlichung läßt jetzt insonderheit die tragi-  
 komische Rolle, die der gloriose Versuchsbereisende Graf Waldersee  
 zu spielen hatte, in aller Deutlichkeit erkennen. Was man längst  
 vermutete, wird jetzt unüberleglich bewiesen: Graf Waldersee war  
 den anderen Mächten nichts als ein Gegenstand spitzigsten  
 Spotts. Und nicht nur Graf Waldersee allein. Deutsch-  
 land wird von den anderen Staaten diplomatisch  
 überhaupt nicht mehr ernst genommen. Man belustigt  
 sich an der trostlosen Unfähigkeit der deutschen Staatsmannschaft, man  
 höhnt über die großen Worte, die alles dirigieren wollen und  
 hinter denen doch nichts steht als Thorheiten und Tollheiten.

Die Waldersee-Presse und der Kadezug hat eben aller Welt  
 sichtbar gemacht, was alle Urteilsfähigen in Deutschland längst  
 wußten: Unsere innere wie äußere Politik ist nichts wie ein wirres  
 Gemenge von Unüberlegtheiten, Widersprüchen, romantischen Reden,  
 hochfahrendem Hans Dampf und jämmerlichen Niederlagen.

Es muß nichts mehr, daß unsere „Patrioten“ das Ganze vom  
 Himmel herab lägen, um die deutsche Politik schön zu färben; das  
 Ahasioffiziententum hat sich vergebens die Finger wund geschrieben,  
 um die Wahrheit zu vertuschen, jenseits unserer Grenzen, erhebt  
 sich immer lauter und dreister das höhnende Gelächter, und nur die  
 völlige Geisteslosigkeit kann sich über diese bitteren Thatsachen mit dem  
 Jingoismus hinweg täuschen, daß wir Deutschen doch die lächerlichen Kerle  
 seien, die nichts fürchten außer Gott, und an denen nur der bloße ohn-  
 mächtige Reid der Fremden umherdörgelt. Das Fuchteln mit den  
 Bajonetten hat keine Wirkung mehr. Man laßt über uns, und das  
 Lächerliche ist auch für die Staaten tödlicher als Millionen Klein-  
 lalbriger Geschosse. Das Ende des Lachens ist der Schrecken.

Die Waldersee-Affäre gedieh von Anfang an unternen so intim  
 besprochenen und verbündeten Kulturvölkern zum hochstehenden  
 Gaudium. Keine Phantastie eines Aristophanes vermüchte auch solchen  
 Reichtum toller Situationen zu erkennen, wie die Thaten und Leiden  
 des Weltmarschalls Tag für Tag verschwenkender zeugten. Waldersee  
 wurde das bedauerndste Opfer einer mit untauglichen Mitteln ver-  
 suchten dekorativen Völkerepolitik.

Zuerst wurde uns der Graf als der Erwählte und mit Seh-  
 nucht Begrüßte des ganzen Erdendrums vorgestellt. Wäterchen selbst  
 hatte den Wunsch ausgesprochen, daß dieser Held ohnegleichen die  
 Herr der Welt in China leiten möge. So schrieben unsere deutschen  
 Offiziere, deren Lebensberuf es ist, das deutsche Volk geistig zu  
 verkrüppeln. Als bald erließ die Regierung des Jaren jene billige  
 Rundgebung, in der klipp und klar ausgesprochen wurde, daß es  
 nicht Aushand gewesen, das den Weltmarschall begehrt habe.

Diese eine unethische Dummheit belehrt unser Ahasioffizien-  
 tum nicht. Jetzt spannt man die Legende ins Unendliche, wie es  
 dem diplomatischen Geschick Waldersees wunderbar gelungen, alle  
 Gegenstände auszugleichen, wie unter seiner Führung die vereinigten  
 Truppen die herrlichsten Erfolge erzielten. Zwar bewiesen alle Thatsa-  
 chen das Gegenteil. Zwar gingen die verschiedenen Kontingente  
 offenbar ihre eignen Wege, und wenn sie sich ja einmal berührten, so  
 geschah das nicht in freundlicher Absicht — trotzdem erzählten  
 uns die Ahasioffiziere die erstaunlichsten Dinge von den diploma-  
 tischen Siegen Waldersees.

Vornehmlich war es unsren Offizieren darum zu thun, das  
 Märchen zu verbreiten, als ob zwischen den Deutschen und den Erb-  
 feinden von 1870, den Franzosen, das innigste Verhältnis be-  
 standen hätte. Bis in die letzte Zeit hinein versorgte man uns mit  
 Rundgebungen, die die gewaltige Hochachtung beweisen sollten, die  
 die deutschen Leistungen in China den Franzosen eingeblüht hätten.

Jetzt wird auch diese Legende erbarmungslos zerstört. Und  
 zwar ist es der französische Oberkommandierende selbst, General  
 Boyron, der mit geradezu niederschmetternden Dokumenten zeigt,  
 welche unglückliche Rolle in Wahrheit dem Grafen Waldersee be-  
 schieden war. General Boyron veröffentlicht im „Matin“ drei Briefe,  
 die er seiner Zeit an Waldersee gerichtet hat. Es sind Ant-  
 worten auf Waldersees „Oberbefehle“, und diese Briefe sind —  
 bei aller zudersähen Höflichkeit der äußeren Form — so gefüllt  
 mit verletzendem Spott, daß sie alles andre eher verraten als  
 Hochachtung und Anerkennung. General Boyron erklärt in jedem  
 der Briefe, unter dem Aufwand anmutig und hochstehender  
 Huldigungen, daß es ihm gar nicht einfallt, den Befehlen des  
 Oberkommandierenden zu folgen. Ja mehr noch: er läßt an der  
 Politik des Grafen Waldersee eine Kritik, deren Schärfe durch ihre  
 ironische Höflichkeit noch gesteigert wird. General Boyron spielt  
 geradezu mit dem Oberkommandierenden, wie ein überlegener  
 Geist mit einem guten alten Herrn, der sich im Grunde nicht  
 wehren kann.

Die Briefe Waldersees, deren Verantwortung wir kennen lernen,  
 sind selbst bisher nicht veröffentlicht. Doch erkennt man aus den  
 Antworten den Sachverhalt ziemlich genau.

Waldersee hatte in einem Briefe an den französischen General  
 den Anspruch der Franzosen, das Protektorat über die Missionen  
 auszuüben, wohl unter Geltendmachung seiner konkurrierenden

Rechte als Generalissimus, kritisiert. In seiner Antwort, die  
 unter dem 30. Dezember 1900 erfolgte, lehnt Boyron das An-  
 nehmen des Marschalls unbedingt ab. Boyron versichert,  
 daß es niemals in seinen Intentionen gelegen hat, ebenso  
 wenig wie in denen des Generals Bailoud, einen Eingriff in das  
 Prinzip der Gleichheit der Rechte der verbündeten Armeen gegen-  
 über der chinesischen Bevölkerung zu machen. General Bailoud  
 hat sich einfach den Jahrhunderte alten Traditionen anpassen  
 wollen, welche uns den Schutz der katholischen  
 Missionen überall übertragen, wo die französische  
 Autorität in China vertreten ist.

Es liegt nicht in meinen Obliegenheiten, das höhere Prinzip,  
 welches dieser Frankreich anvertrauten Mission zu Grunde liegt,  
 zu diskutieren oder zu verteidigen, aber ich halte darauf, Eurer  
 Excellenz meines festen Willens zu versichern, alle Vorrechte Ihres  
 Oberkommandos skrupellos zu respektieren, und ich bin überzeugt,  
 daß es mir in der Praxis leicht sein wird, dieses Ziel zu erreichen,  
 ohne mich einer der Schulpflichten gegenüber den katholischen  
 Missionen zu entschlagen, welche zu den Obliegenheiten des fran-  
 zösischen Expeditionscorps zählen.

In diesem Gedankengange hat General Bailoud, nach seiner  
 Ankunft in Peking, unsere Missionäre wissen lassen, daß sie  
 ihre Forderungen durch seine Vermittlung und nicht durch  
 die des Generals Gasset eintreten müßten, der nur für  
 eine zeitweilige, ausschließlich militärische Mission an die Spitze  
 der dortigen Truppen gestellt ist, während die religiöse und  
 politische Frage außerhalb seiner Kompetenz bleiben. . . .

Ich halte also noch einmal darauf, Eurer Excellenz respektvoll  
 zu betonen, daß nach meiner Ansicht die Gleichheit der Rechte  
 der verbündeten Armeen gar nicht in Frage steht und darum auch  
 nicht betroffen sein kann. Unsere französischen Missionen be-  
 trachten uns als natürliche Vermittler in den Fragen,  
 welche gegenüber den deutschen Militärbehörden aufgeworfen  
 sind. Aber dieser Standpunkt hindert uns nicht, die Rechte dieser  
 Behörden durchaus zu achten, und es könnte uns gar nicht ein-  
 fallen, uns in Fragen der inneren Disziplin der Truppen  
 einzumischen, welche diese Angelegenheiten in gewissen Fällen  
 wachrufen könnten.“

Gewiß, Graf Boyron respektiert durchaus den Grafen Waldersee,  
 er mißt sich auch nicht in die innere Disziplin der deutschen Truppen  
 ein. Aber er hält es für sein gutes Recht, daß der französische  
 General den Schutz der Missionen und der — chinesischen Bevölkerung  
 übernimmt, die gegen die Maßnahmen der deutschen  
 Militärbehörden schutzbedürftig sind. Der General  
 leitet das höhere Recht der Franzosen nicht nur aus der historischen  
 Tradition ab, sondern auch aus dem Verhalten der deutschen Truppen,  
 über deren Disziplin er urteilen ihm im übrigen so fernläge.

Das ist der Sinn der höflichen Andeutungen: die schwerste  
 Anklage gegen die Kriegsführung der Deutschen. Das geht noch  
 klarer aus einem zweiten Briefe hervor. Es ist bereits bekannt, daß  
 auf dem Zug nach Peking, der von den Deutschen mit besonderer  
 Schnelligkeit ausgeführt wurde, die Franzosen den Deutschen immer  
 zuvorgekommen waren. In jedem Dorfe fanden wir Truppen  
 bereits die französischen Fahnen wehen. Ueber diese Minderang des  
 deutschen Ruhms äußerte Graf Waldersee Klage. Boyron weist, wieder  
 mit der vollendeten Liebeshöflichkeit eines geistreichen Mannes, die  
 Beschwerde ab. Er hält es nicht für nötig,

„den Truppen, welche ich kommandiere, eine andre Haltung und  
 neue Verhaltensregeln vorzuschreiben. Sie werden nur den  
 Regeln gehorchen, welche wir von Anfang angewendet haben und  
 die uns ausgezeichnete Resultate geliefert und unsere Position in  
 dem Lande beträchtlich verbessert haben.“

Wir haben in der That einige Punkte allein und ohne  
 Teilung befehlet und bewacht, um dort, da wir allein waren, auch  
 ausschließliche Rechte zu haben (Wachhöfe, Eisenbahnen usw.). In  
 den anderen Fällen habe ich immer den Kommandanten der fran-  
 zösischen Truppen, welche sich in irgend einem Orte vor den  
 Detachements der anderen Mächte festsetzten, empfohlen, die Ein-  
 quartierung auch der anderen Detachements zu erleichtern, wenn die  
 Notwendigkeiten des Feldzugs sie in die Lage versetzen sollte, sich  
 nach uns dort einzurichten zu müssen.

Was die Requisitionen betrifft, so erlaube ich mir die Auf-  
 merksamkeit Eurer Excellenz auf einen wichtigen Punkt zu lenken,  
 in dem das Interesse der verbündeten Kontingente identisch mit dem  
 der französischen Truppen ist. Ein Detachment, das sich seit  
 einiger Zeit in einem Orte festgesetzt hatte, hat es ver-  
 standen, sich Vertranen zu erwerben und die Bevölkerung in  
 die verlassensten Dörfer zurückzuführen. Das gewöhnliche Leben  
 beginnt wieder, die Märkte werden geöffnet, und die Hilfsquellen  
 der Truppen vermehren sich rapide. Das Detachment bezahlt  
 seine Einkäufe skrupellos und insofern dessen die Einwohner  
 Geld. Darauf kommt ein Detachment einer andern Macht dahin  
 und ohne sich informiert zu haben, was sich vorher abgespielt hat, legt  
 es dem Dorf eine zuweilen übertriebene Kontribution auf,  
 welche dann mit dem Gelde der ersten Macht bezahlt wird. Das  
 Resultat ist dann immer dasselbe. Die erschrockenen Einwohner  
 flüchten, die Hilfsquellen verschwinden, und das Wohl der Truppen  
 ist gefährdet.

Diese Handlungsweise ist eine derartige, vom Gesichtspunkte  
 der Nutzlosigkeit, welche sie bietet, daß es genügt, sie an-  
 zudeuten, damit alle Nationen sich vornehmen, sie in die Acht zu  
 erklären.

Was endlich die Plaque betrifft, so muß ich Ew. Excellenz  
 zugestehen, daß gewisse Mißbräuche begangen sind, aber nur  
 durch die Einwohner. Die erlassenen Vorschriften, von denen  
 in dem Armeebefehl, den Ew. Excellenz mir mitgeteilt haben, die  
 Rede ist, werden durchaus genügen, um jede Reibung zu ver-  
 hindern. Diese Reibungen, welche derart placiert sind, hindern nie-  
 mals eine andre Nation, sie beileide zu schaffen. Es ist  
 schwierig für uns, die chinesischen Dörfer zu ver-  
 lassen, einen Schutz unter unseren Farben zu finden.  
 Wir haben immer gegenüber friedlichen Einwohnern  
 eine Haltung bewahrt, welche sie uns augenahert  
 hat. Wir haben sie mit Milde behandelt, und sie wissen,  
 daß ihr Hab und Gut und ihr Leben vor uns sicher  
 sind. Das ist vielleicht der Umstand, welcher den Mißbrauch

der französischen Fahne erklärt, welchen sie getrieben  
 haben. Um diesen Zustand der Dinge zu ändern, müßte  
 man die Beschaffenheit der Gefühle der Bevölkerung und gegeu-  
 über ändern. Aber unsere Pflicht ist es, nach Maßgabe unserer  
 Kraft fortzuführen, uns die Ideen der Humanität und Ge-  
 rechtigkeit einzuhängen, welche die Ehre aller civilisierter  
 Nationen sind, und welche oft die Stärke ihrer Waffen bilden.“

Alle Anklagen, die von der Socialdemokratie gegen die Kriegs-  
 führung in China erhoben worden sind, verschwanden vor der töd-  
 lichen Wucht dieser mit der Hiertlichkeit eines Salonplauderers geübten  
 Kritik des französischen Generals. Ja, es ist nicht zu leugnen: die  
 Eingeborenen haben allerdings Mißbrauch mit den französischen  
 Fahnen getrieben, indem sie sie überall auf ihren Häusern  
 schützend hielten — aber was können die Franzosen dafür,  
 daß sich die Chinesen zur französischen Humanität flüchten vor diesen  
 Deutschen, die durch ihre harten Requisitionen und grausamen Vorge-  
 henden verhindern, daß Ruhe und Frieden in der Bevölkerung  
 einkehrt.

Man hat die Humenbriefe als socialdemokratische Fälschungen  
 oder als renommistische Lügen zu entkräften versucht — jetzt erhebt  
 der in China kommandierende französische General Anklagen gegen  
 die deutsche Kriegsführung, die das Schlimmste bekräftigen, was bisher  
 vernunftgemäß ist. Die Zähl. Rundsch. erklärt den Brief Boyrons so:  
 „Die Franzosen könnten die beregten Uebelstände nur abstellen, wenn  
 sie Barbaren wären wie die anderen kriegsführenden Mächte. Und  
 das sagt der General Baron dem Grafen Waldersee  
 kaltblütig ins Gesicht. Eine unerhörte Un-  
 verschämtheit!“ Gewiß, das sagt der General, offen und  
 unzweideutig. Mit einem Schimpfwort kommt man darüber nicht  
 hinweg — die Wahrheit ist für die, welche sie zu fürchten haben,  
 allemal unerschämmt.

In einem dritten Briefe geißelt General Boyron in der er-  
 gößlichsten Weise gewisse organisatorische Vorschläge Waldersees,  
 die darauf hinausliefen, in Peking eine centralisierte Polizei-  
 verwaltung unter der Leitung eines deutschen Generals  
 zu schaffen. General Boyron hat zwar die lebhaftesten  
 „Gefühle der Bewunderung für die vorgeschlagene Organisation“ —  
 die „das Modell derjenigen ist, welche in fast allen militärischen  
 Reglementen Europas für Städte im Belagerungszustande  
 existiert“ — aber er behält sich nachdrücklich das Recht vor, die  
 Polizeiverwaltung in dem französischen Teil Peking nach seinem  
 Gutdünken zu organisieren.

So sehen also in Wahrheit die diplomatischen Erfolge Walder-  
 sees aus! Man kann gespannt sein, wie sich unsere Regierung diesen  
 Enthüllungen gegenüber verhalten wird, die eine schlimmere Nieder-  
 lage für Deutschland bedeuten, als wenn die deutschen Truppen von  
 den Vögern geschlagen worden wären. —

### Marx' Stellung zur Freihandels- und Schutzollpolitik.

Die „Kreuz-Zeitung“ leistet sich wieder mal das zweifel-  
 hafte Vergnügen, in einem langen drei Spalten umfassenden  
 Leitartikel die bekannte Rede, die Marx am 9. Januar 1849  
 in der Demokratischen Gesellschaft zu Brüssel über den Frei-  
 handel gehalten hat, gegen die heutige Haltung der social-  
 demokratischen Arbeiterpartei gegenüber den agrarischen  
 Forderungen auszuwählen. Schon vor einigen  
 Monaten veruchte das Organ des ostelbischen Junkertums es  
 mit diesem Spiel, zog dann aber, nachdem wir ihm ver-  
 schiedene Entstellungen und Citatfälschungen nachgewiesen  
 hatten, sich unter allerlei komischen Verlegenheitsausflüchten  
 mit der Erklärung zurück, die betreffenden Citatfälschungen  
 seien nur Schreibfehler, die dem Artikelschreiber bei einer vor-  
 vierzehn Jahren vorgenommenen stenographischen Nieder-  
 schrift unterlaufen seien. Inzwischen hat, wie es scheint, sich  
 das Blatt die im Diebschen Verlage erschienene deutsche Aus-  
 gabe der Marx'schen Schrift „Das Elend der Philosophie“ an-  
 geschafft, der als Anhang die betreffende Rede beigelegt ist,  
 und nimmt nun das Geplänkel wieder auf. Soweit die Aus-  
 lassungen des Junkerblattes für die Stellungnahme von Marx  
 zu der damaligen englischen Freihandelsbewegung in Betracht  
 kommen, lassen wir sie folgen:

„Marx verhöhnt zunächst die freihändlerischen Schlagworte  
 (billiges Brot, hohe Löhne) und zeigt, daß der Getreidezoll durchaus  
 nicht „eine Steuer auf den Lohn“ bedeutet. Er zeigt dann, daß der  
 kleine Kaufmann und Handwerker nie durch den industriellen Auf-  
 schwung das erlitt erhalten können, was ihnen durch den Niedgang der  
 heimischen Landwirtschaft treibenden Bevölkerung verloren geht.  
 Darauf beruft er sich auf Ricardo, den „Apostel der englischen  
 Freihändler“ und „ausgezeichnetsten Oekonomen unsres Jahr-  
 hunderts“, welcher ausführt: „Wenn wir, anstatt bei uns Getreide  
 zu ernten, einen neuen Markt entdecken, wo wir es uns zu einem  
 billigeren Preise verschaffen könnten, so würden in diesem Falle  
 die Löhne sinken und die Profite steigen.“ Das Fallen des Preises  
 der landwirtschaftlichen Produkte reduziert die Löhne nicht nur der  
 in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter, sondern auch all derer,  
 die in der Industrie arbeiten oder im Handel beschäftigt sind.“ Dem  
 — erklärt Marx dazu —: wird das Getreide billiger, so verbilligt  
 sich die Lebenshaltung, also genügt ein geringerer Lohn für den  
 industriellen Arbeiter. Wird aber der Lohn geringer, so wächst  
 der Profit; also erweitert sich zunächst die sociale Kluft zwischen  
 industriellen Arbeiter und industriellen Unternehmer. Das ist  
 eine nachteilige Folge, die niedriger Getreidepreis für den  
 industriellen Arbeiter hat. Aber nicht nur die sociale Stellung, sondern  
 auch die materielle Lage des Arbeiters leidet: „So lange der  
 Getreidepreis noch höher war und der Lohn gleichfalls,  
 genügte eine kleine Ersparnis am Brotverbrauch, um  
 ihm andre Genüsse zu verschaffen. Sobald aber das Brot  
 und folglich der Lohn sehr niedrig steht, wird er fast nichts



am Brot absparen können behufs Ankauf anderer Gegenstände. Marx will also sagen, daß bei einem höheren Einkommen der wirtschaftliche Spielraum des Einzelnen größer ist, daher auch eine höhere Möglichkeit besteht für materielle und intellektuelle „Genüsse“, die über das Lebensnotwendige hinausgehen.“

Nachdem dann die „Kreuz-Zeitung“ unter Hinweis auf einige Ausführungen des bekannten englischen Freihandelsapostels Dr. Bowring sich einen kleinen Ausfall gegen die Professoren Vog und Brentano gestattet hat, läßt sie Marx weiter sagen:

In Konsequenz des Freihandels fällt wohl der Preis aller Waren. Der Arbeiter kann sich also für eine Mark mehr Waren kaufen, als bisher, argumentieren die Freihändler. Sie übersehen dabei aber, daß mit dem Preise aller Waren auch der Preis der Ware Arbeitskraft — der Lohn — fällt, und zwar weißt Marx nach, daß der Preis der Arbeitskraft verhältnismäßig mehr sinkt, als der anderer Waren. Die Mark in der Tasche des Arbeiters, für die er sich unter dem Segen des Freihandels mehr Waren kaufen wollte, wird sich demgemäß sehr schnell in ein fünfzigpfennigstück umwandeln.

Seine Gefamtheit über den Freihandel drängt Marx schließlich in die Worte zusammen: „Meine Herren! Lassen Sie sich nicht durch das abstrakte Wort Freihandel imponieren. Freiheit weihen? Es bedeutet nicht die Freiheit eines einzelnen Individuums gegenüber einem andern Individuum. Es bedeutet die Freiheit, welche das Kapital genießt, den Arbeiter zu erdrücken.“

Ohne so ein bißchen Mogelei geht es, wie immer, auch diesmal bei der „Kreuz-Zeitung“ nicht ab. Es fällt Marx gar nicht ein zu zeigen oder auch nur heigen zu wollen, daß der Getreidezoll durchaus nicht „eine Steuer auf den Lohn“ bedeutet, oder gar, daß der kleine Kaufmann und Handwerker nicht durch einen Aufschwung der Industrie gewinnen könne, was er eventuell durch einen Rückgang der Landwirtschaft verliert.

Für Marx handelt es sich einfach darum, nachzuweisen, daß die damalige englische Freihandelsbewegung, welche durch ihre Phrasen die englischen Arbeiter für sich einzufangen und sie dem Chartismus abwendig zu machen drohte, nur ein Kampf um den Profit zwischen der englischen Bourgeoisie und dem Großgrundbesitz sei: ein Kampf, in welchem die Freihändler sich, je nach dem Publikum, zu dem sie sprachen, einer ganz verschiedenen, doppelzüngigen Argumentation bedienten. Zu diesem Zweck führt er zuerst einen Freihändler vor, der den Getreidezoll „eine Steuer auf den Lohn“ nennt und dem industriellen Arbeiter einzureden sucht, daß nur diese seine jammervolle Lage verschulde. Er läßt den Arbeiter antworten, woher es dann komme, daß in den vergangenen Jahren der Lohn in einem viel rapideren Verhältnis gesunken sei, als der Getreidepreis gestiegen wäre. Dann wieder führt er einen Kleinhändler vor, der dem Freihändler zuruft, er werde seine Kundschaft verlieren, wenn die Landwirtschaft ruiniert würde. Ihm antwortet derselbe Freihändler, der eben noch dem Arbeiter eine Verbesserung seiner Lage versprochen hat, der Arbeitslohn würde infolge der Verbilligung der Lebensmittel fallen und diese Lohnreduktion das Handelsgeschäft nach dem Kontinent erleichtern. Ebenso läßt Marx noch verschiedene freihändlerische Schriftsteller auftreten, die in gleicher widersprüchlicher Weise den Pächter wie den Landarbeiter vom Nutzen des Freihandels zu überzeugen suchen.

Marx selbst identifiziert sich mit keiner dieser Fragen und Entgegnungen; ihm ist es lediglich darum zu thun, drastisch die Widersprüche der damaligen Freihandelsargumente hervortreten zu lassen. Wenn das Junkerorgan sagt, Marx hätte gezeigt, daß der kleine Kaufmann und Handwerker bei einem Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung verlieren würde, so steckt dahinter entweder eine ganz ungläubliche Unfähigkeit, auch nur die einfachsten volkswirtschaftlichen Ausführungen zu verstehen, oder, was wir nach den bisherigen Leistungen des Organs „Mit Gott für Junkerrecht und Zollwucher“ für wahrscheinlicher halten — eine bewusste Unterschlebung. Was Marx sagt, das ist allein, daß es sich für die damaligen Freihändler bei ihren Agitationen nicht um das Wohl der Arbeiter, sondern um ihren Profit handle; daß der Fall des Preises für Getreide und andre Lebensmittel auch ein Sinken des Preises der Ware „Arbeitskraft“, d. h. des Lohnes nach sich ziehen würde, daß also, wenn die englischen Freihändler ihre Forderungen durchsetzten, der englische Arbeiter sich nicht besser stehen würde wie früher, vielleicht sogar schlechter.

Und mit dieser Auffassung hatte Marx unter den damaligen englischen Verhältnissen, auf die sich allein seine Ausführungen beziehen — nicht auf die heutigen —, durchaus recht. Die Löhne waren seit Jahren mehr und mehr gesunken, die herrschende Krise hatte einen großen Teil der Arbeiter brotlos gemacht, und in London, Edinburgh, Manchester, Glasgow waren Hungerrevolten ausgebrochen. War unter diesen Umständen im Entgegenwirken der Arbeiter gegen die von den Industriellen betriebenen Lohnreduktionen zu erwarten?

Aber entsprachen denn die damaligen englischen Verhältnisse etwa den heutigen deutschen; ist heute die deutsche Arbeiterklasse noch ebenso undiszipliniert und unorganisiert, wie in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die englische; ist die Lage der Industrie, die Ausdehnung ihres Absatzmarktes noch dieselbe? Ganz abgesehen davon, daß Marx die Ricardosche Theorie der Parallellität zwischen Kornpreis und Lohnhöhe, an die er sich in den oben wiedergegebenen Sätzen anlehnt, später selbst fallen gelassen hat, heißt es schon in seiner Brüsseler Rede:

„... Es ist nicht nur der Preis des Getreides, sondern außerdem auch die Konkurrenz unter den angebotenen Händen, welche den Lohn bestimmt.“

Heute hat infolge ihrer gewerkschaftlichen Organisation, — die allerdings gegen den Willen und unter wütendster Verfolgung desselben Staatsjunktums zu stande gekommen ist, das jetzt das Proletariat für seine Profitprojekte benutzen möchte — die deutsche Arbeiterklasse einen ganz andern Einfluß auf die Arbeitsangebote, wie damals die englische, und außerdem sind seitdem eine ganze Reihe anderer Faktoren entstanden, welche die Bedeutung des Getreidepreises als Regulator des Lohnniveaus immer mehr abgeschwächt haben. Wie gering heute diese Bedeutung ist, lehrt das letzte Jahrzehnt. In diesem ist der Getreidepreis niedriger gewesen, als im ganzen letzten Jahrhundert, und doch sind in manchen Branchen die Löhne nicht unwesentlich gestiegen. Umgekehrt, während in den fünfziger und sechziger Jahren, als die ostelbische Landwirtschaft noch in England ein vorteilhaftes Abgabegbiet fand, die Bodenpreise in den östlichen Provinzen Preußens von Jahr zu Jahr stiegen, in beiden Jahrzehnten zusammen um ungefähr 120 Prozent, blieben die Löhne der ländlichen Arbeiter nahezu stabil. Dagegen haben sie, trotz Rückgang der Grund-

renten und der Bodenpreise, in den letzten Jahren mehrfache Steigerungen erfahren. Warum? Sehr einfach deshalb, weil infolge des Arbeiterzuges nach dem industriellen Westen das Arbeitsangebot sich verringerte.

Uebrigens folgt daraus, daß Marx die Freihandelsargumentation der Downing, Bright, Paulton, Greg usw. verhohnte, noch keineswegs, daß er über die Schutzoll-Argumentation der Visschen Schule anders dachte, oder gar daß er unter den heutigen Verhältnissen für die Zollwucher-Pläne und Volksausbeutungs-Abstehen jener „Edelsten der Nation“ zu haben gewesen wäre, deren Interessen das ehemals Hammersteinsche Blatt vertritt. Wie er über die Schutzollerei dachte, zeigt eine im Jahre 1848 gedruckte Rede, die Marx auf dem Brüsseler Oekonomistenkongress halten wollte (vergleiche „Neue Zeit“, Jahrgang 1900/1901, Heft 25), und in der er über die damaligen schutzollnerischen Beweisführungen fast noch verächtlicher urteilt, als über die freihändlerischen. Handelte es sich um eine Wahl zwischen beiden, entschied er sich immerhin noch lieber für den Freihandel als den Schutzoll, denn unter den Zuständen jener Periode bedeutete der Freihandel für England eine schnellere Entwicklung der Produktivkräfte und der kapitalistischen Wirtschaft, Erziehung des korrupten, die Arbeiterbewegung hindernenden Feudalismus durch den sogenannten bürgerlich-liberalen Staat. Das mag ja der „Kreuz-Zeitung“, die nach ihren obigen Bezugnahmen auf die Marx'sche Rede noch allerlei von dem Antirevolutionarismus der Getreidezölle, der spezifischen Vaterlandsliebe der „mit Gut und Blut an den vaterländischen Boden gefesselten“ landwirtschaftlichen Produzenten bezw. der ostelbischen Junker faßelt, als das schwärzeste aller Verbrechen erscheinen. Wer in der — übrigens radikal-freihändlerischen — Junkerwirtschaft, wie sie vor 1848 in Schlesien, Posen, Ostpreußen, Pommern und Mecklenburg bestand, die feinste Auslese aller Kultur erblickt, dem muß ganz naturgemäß die seitherige wirtschaftliche Entwicklung als ein Grauel erscheinen; aber eine Ueberschätzung seiner selbst ist es, wenn das Blatt annimmt, unter der heutigen Generation noch viele gleichdenkende verklümmerte Gehirne zu finden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Oktober.

### Der Kampf um den Zolltarif.

Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei hat am Sonntag über den Zolltarif-Entwurf beraten und folgenden Beschluß gefaßt:

Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei spricht die Erwartung aus, daß der zur Zeit dem Bundesrat vorliegende Entwurf eines Zolltarifgesetzes mit Zolltarif in der Weise verabschiedet wird, daß die Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse den notwendigen höheren Schutz findet, daß aber bei Gewährung dieses Schutzes diejenigen Grenzen eingehalten werden, welche den Abfluß der für Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft, Handel und Gewerbe notwendigen langfristigen Handelsverträge ermöglichen.

Der Beschluß bedeutet: Handelsverträge gemildert durch Protowucher! Die Nationalliberalen sind bereit, dem Junkertum Lebensmittel-Hölle bis zu solcher Höhe zu spenden, daß nur eben Handelsverträge immerhin noch nicht ausgeschlossen bleiben. Sie sprechen sich zwar nicht für den Minimaltarif aus, aber die Agrarier dürfen vollauf befriedigt sein durch den Tribut, den die Leibeigenen ihnen darbieten.

### Die Centrumsarbeiter gegen das Centrum.

Köln, 27. Oktober. (Eig. Ver.) Eine von dem Vorstand des Agitationsbezirks Köln des christlichen Metallarbeiter-Verbandes einberufene zahlreich besuchte Versammlung nahm heute Stellung zu der Haltung des Hauptvorsitzenden Wieber in der Frage der Lebensmittel-Zollerhöhungen. Herr Wieber hat sich in dem Organ des christlichen Verbandes, dem „Deutschen Metallarbeiter“, scharf gegen den Zollwucher ausgesprochen. An der Versammlung beteiligten sich u. a. die Ortsgruppen Köln, Aachen, Bonn, Mülheim a. Rh., Dären und Eupen. Ferner waren Vertreter erschienen aus einer großen Anzahl rheinischer und westfälischer Ortsgruppen. An der Abstimmung durften nur Mitglieder teilnehmen. Mit 117 gegen 8 Stimmen erklärte sich die Versammlungsversammlung mit der Haltung des Vorsitzenden gegen den Zollwucher einverstanden.

### Die Beschränkung der parlamentarischen Vertretung Irlands.

London, 20. Oktober. (Eig. Ver.)

Am 17. Mai 1875 fand in London das Jahresbankett des streng protestantischen Nationalclubs statt. Der deutsche Vorkämpfer Fürst Münster (damals noch Graf) war einer der geladenen Gäste. Auf einen ihm zu Ehren ausgebrachten Trinkspruch antwortete der Graf mit dem staatsmännischen Rat, England möchte in seiner irischen Politik dem Beispiele der Bismarckschen Katholikpolitik folgen. Worauf Disraeli drei Tage später im Unterhause erklärte, die Verhältnisse in Irland seien in England nicht maßgebend.

Seitdem sind 25 Jahre verflossen. Und mit ihnen auch so vieles von der staatsmännischen Kraft Englands. Die Diplomatie, die dem Voerentriege voraus ging, ist nur einer der Beweise für diese Verhüllung. Da nun „Englands Verlegenheit Irlands Gelegenheit ist“, so bemühten die irischen Abgeordneten die parlamentarische Freiheit im letzten Jahre vielfach dazu, die Engländer von der Notwendigkeit der Homerule zu überzeugen. Weiter der Obstruktion, unterließen die Irländer nichts, was ihr vorgestelltes Ziel hätte fördern können. Zumeist gelang es ihnen, die ganze legislative Maschine zum Stoden zu bringen. Das war allerdings der Regierung nicht so ganz unangenehm. Kamentlich bei sozialpolitischen Maßnahmen, wie wir das bei der Novelle zum konsolidierten Fabrikgesetz gesehen haben. Aber die Irländer gingen noch viel weiter. Sie machten sich über die englische Armee lustig und traten für die Voeren ein. Nun wurden sie zu Reichsfeinden gestempelt. Natürlich von Chamberlain.

Am 10. August 1901 fand ein konservatives Bankett beim Herzog von Marlborough in Weyheim statt. Chamberlain war Hauptredner und sprach zum erstenmale den Gedanken klar aus, die Regierung beabsichtige, die Zahl der irischen Abgeordneten zu beschränken. In seiner gestrigen Rede in Edinburgh gab er diesem Pläne noch stärkeren Ausdruck. Es ist kein Zweifel, die irischfeindliche Stimmung ist in England im Wachsen begriffen. Jedoch glaube ich nicht, daß es formell zu Maßnahmen gegen Irland kommen würde. England ist schließlich doch liberal und der Liberalismus hat es seit jeher verstanden, zu unterdrücken, ohne die gepanzerte Faust zu zeigen. Die Regierung wird eine Neueinteilung der Wahlbezirke des Vereinigten Königreichs vorschlagen. Und zwar auf folgende Weise: Das englische Parlament besteht aus 670 Mitgliedern. Das eigentliche England sendet 465, Irland 108, Schottland 72, Wales 30. Von den Irändern sind 82 in der Opposition, 21 für die Regierung. Diese 21 kommen zum großen Teile aus dem besser bevölkerten protestantischen Norden. Gegenwärtig giebt es im Vereinigten Königreich 6823 685 Wahlberechtigte. Diese Zahl dividiert durch 670,

ergiebt rund 10000 Wahlberechtigte für je einen Wahlkreis. Und das ist auch der Quotient, der die Grundlage der Neueinteilung der Wahlkreise bilden soll. Da nun seit 1882 bedeutende Verschiebungen in der Bevölkerung zu Ungunsten Irlands vorgekommen sind, so wird seine Abgeordnetenzahl eine Verminderung erfahren. Nach den Resultaten der letzten Volkszählung würden bei einer Neueinteilung der Wahlbezirke erhalten: England 499, Irland 72, Schottland 69, Wales 30. Der allgemeinen Ansicht nach würde der lokale protestantische Norden Irlands unter dieser Neuierung nicht viel leiden, so daß von den 72 irischen Abgeordneten nur etwa 55 Homerule bleiben dürften. Das ist noch immerhin eine stattliche Zahl, die unter guter Führung dem Kabinett unangenehm genug werden könnte. In diesem Sinne sprach J. Redmond, der gegenwärtige Führer der Irländer, in seiner Rede vom 1. September 1901 in Westport.

Es ist indes zu fürchten, daß es bei dieser Neuierung nicht bleiben dürfte. Es erheben sich auch ganz gewichtige Stimmen für eine Beschränkung der parlamentarischen Freiheiten. Die gegenwärtige Regierung ist zu allem fähig und hat eine dienst-eifrige Mehrheit für alles. Chamberlain äußerte sich übrigens in seiner Edinburgher Rede hierüber klar genug. Er meinte: „Die Geschäftsordnung des Hauses wird so geändert werden, daß sie der Mehrheit mehr Gewalt über die Verhandlungen gewährt, wie auch über die Leute, von denen sie beleidigt und in den Kot gezogen wird. Wir werden uns bemühen, die Wüter der Parlamente gegen diejenigen zu schützen, die ihren Nutzen und ihren Ruf gefährden möchten.“

Diesen Plänen gegenüber weisen die Irländer auf Abschnitt 4 der Finalunion hin, der ihnen 100 Abgeordnete zusicherte. Eine Verletzung dieses Abschnitts läme einer Auflösung der Union zwischen England und Irland gleich. Englische Publizisten meinen indes, daß auch Verträge den geänderten Verhältnissen angepaßt werden müßten und seit 1793 habe sich vieles geändert.

So droht die alte irische Frage eine alte Form in einem Momente anzunehmen, wo England alle seine Kräfte braucht, um die wachsenden Schwierigkeiten der auswärtigen Politik zu lösen. Demokratie und Imperialismus sind eben unvereinbar. Disraelis Motto: Imperium et libertas erweist sich immer mehr als ein unlösbarer Widerspruch.

## Deutsches Reich.

„Ich schlage alles kurz und klein, wenn Handelsverträge nicht zu stande kommen“ — soll der Kaiser gesagt haben. Die Protowucherpresse ist natürlich höchst ungehalten über diesen Ausspruch. Da sie nicht wagt, sich gegen den Kaiser und seinen Ueheber zu wenden, entladet sie ihren Zorn in Schwägungen gegen die Verbreiter des Ausspruchs. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt:

„Diesem Kolportieren unbegreiflicher kaiserlicher Worte, die Verwirrung anzurichten geeignet und bestimmt sind, muß ein Ende gemacht werden. Sie werden lediglich verbreitet und in die Öffentlichkeit gerzett, um den monarchischen Gedanken zu schädigen und die Monarchie zu schwächen.“

Ähnlich fordert die „Post“ die rechtsstehende Presse auf, „endlich principielle Stellung zu nehmen zu dieser Züchtung der „Simplicissimus“- und „Zukunft“-Stimmung.“

Die beiden Blätter erheben sich ungläubend an die Möglichkeit des Ausspruchs des Kaisers. Wenn dieser Ausspruch aber wirklich gethan ist, — wer hat je schwerere Majestätsbeleidigung begangen als diese monarchischen Blätter? —

Als Kalendermacher des Flottenvereins entpuppt sich — Professor v. Wendt. In was allem das die Last der Wissenschaft dem industriösen Herrn Düke läßt! Herr v. Wendt unternimmt in der „Kreuz-Zeitung“ den Nachweis, daß der vom Herrn der „Deutschen Tageszeitung“ erteilte Ausspruch des Flottenvereins-Kalenders vom 5. Oktober — wonach die Agrar-, Petroleum-, Reis-, Getreide-, Salz- u. Steuern die unteren Einkommensteuerebenen mehr belasten als die oberen — den agrarischen Unwillen nicht verdient. Denn, so erklärt Herr v. Wendt, dieser Ausspruch sei nur ein Glied einer Serie von Aussprüchen, welche eine Darstellung der Finanzen des Reichs giebt, und diese Aussprüche im Zusammenhang verlesen in seiner Weise die konservativen Ansichten über die Aufbringung der Reichs-Finanzlast. Herr v. Wendt führt den Beweis so hinreichend, daß die „Kreuz-Zeitung“ ihn von dem Verbrechen freispricht, einmal die Wahrheit gesprochen zu haben. Immerhin ermahnt die „Kreuz-Zeitung“ ihren wissenschaftlichen Hausdiener, daß „auf jedem einzelnen Blatt (des Kalenders) befindliche Angabe der sorgfältigsten Prüfung nach der Richtung hin bedarf, ob sie, für sich genommen, jedes Mißverständnis ausschließt.“ Professor v. Wendt wird also in Zukunft auch an Mißverständnis nicht nochmals die fatale Behauptung aufstellen, daß die Agrarzölle die unbemittelten Volksklassen besonders schwer belasten.

### Socialreform im Reich des Herrn Thielens.

Zu dieser in Nr. 246 gebrachten Mitteilung erhalten wir von der hiesigen königl. Eisenbahndirektion folgende als Berichtigung bezeichneter Zuschrift:

Es entspricht nicht den Thatsachen, daß den Beamten vom Werkführer an aufwärts sowohl eine Feuerungszulage als auch die doppelte Mietentschädigung gewährt worden ist; nur die Werkführer erhalten ausnahmsweise ein Feuerungszulage. Die Erledigung des im Juni vom Arbeiterausschuß gestellten Antrages auf Lohnerhöhung konnte von der Werkstätten-Inspektion Berlin II am Ostbahnhof aus geschäftlichen Gründen, und zwar im Einvernehmen mit dem Arbeiterausschuß, erst am 14. August d. J. erfolgen. Bei der Besprechung hat der Vorstand der genannten Werkstätten-Inspektion zum Ausdruck gebracht, wie unzeitgemäß und unsichtlos ein derartiger Antrag in der gegenwärtigen Zeit des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges sei und dabei auf die große Zahl der Arbeitslosen und die noch stetige Entlassung von Arbeitern in der Privatindustrie hingewiesen. Hierauf hat der Ausschuß, wie das Sitzungsprotokoll ergibt, den Antrag zurückgezogen, sich vorbehaltend, ihn bei Wiederkehr günstigerer Erwerbs- und Verhältnisse zu erneuern. Bei dieser Besprechung sind die dem Werkstätteninspektions-Vorstand, Eisenbahndirektor Wenig, in den Mund gelegten Äußerungen wie: „ob denn die Arbeiter dächten, daß die Eisenbahndirektion die Mehrkosten ihres Lebensunterhaltes zu tragen habe“ nicht gemacht worden. Ebenso ist nicht angeklagt, daß Arbeiter entlassen werden sollen. Die ergangenen Ministerialerlasse, welche zur Sparsamkeit anhalten, ohne daß dabei der Betrieb vernachlässigt werden und die Wirtschaftlichkeit leiden darf, enthalten keine Verfügung, wonach 150 Arbeiter zu entlassen seien; vielmehr ist im Gegenteil bei den infolge der Abflattung des Verkehrs angeordneten Maßnahmen die Entlassung von zur Zeit in Beschäftigung stehenden Hilfsbediensteten und Arbeitern ausdrücklich ausgeschlossen. Der Werkstätteninspektions-Vorstand, Eisenbahndirektor Wenig, hat dem Arbeiterausschuß nicht mitgeteilt, daß die Stützpläne um 15 Proz. gekürzt werden sollen. Eine Prüfung einzelner Accordsätze geschieht schon immer in allen Haupt- und Nebenwerkstätten und werden solche Accordsätze, welche zu hohe Verdienste ergeben, wie den Arbeitern bekannt ist, herabgesetzt, niemals aber um 30 Proz. Um Entlassungen von Arbeitern zu vermeiden, sind die Werkstätten angewiesen, wenn die verfügbaren Reparaturstände infolge geringerer Zufuhr von Betriebsmitteln nicht voll beansprucht werden, zeitweise, sobald ein Bedürfnis vorliegt, vorübergehend Einschränkungen der Arbeitszeit zu bestimmen.

Es ist nicht viel, was da von Kants wegen berichtigt wird — leider, denn im Interesse der Arbeiter wäre es uns weit lieber gewesen, wenn nicht der unwesentliche, sondern der wesentliche Teil der Meldungen in Nr. 246 untreu verlesen hätte richtig gestellt werden können. Es bleibt bedauerlicherweise die Thatsache bestehen,



das nicht, wie wir mitgeteilt hatten, erst seit kurzem Lohn-  
fürzungen vorgenommen worden sind, sondern daß solche Accord-  
sätze, welche zu hohe Verdienste ergeben, schon in immer  
herabgesetzt wurden. Ebenfalls ist in der Verächtung nicht  
an der Thatsache gerüttelt worden, daß den Verführern in der  
Zeit der Feuerung „ausnahmsweise“ Feuerungszulagen gewährt  
werden, während den Arbeitern, die doch noch viel ärger unter  
dem Notstand zu leiden haben, ausnahmsweise keine Zulagen  
gewährt werden, und daß ein ähnliches Verlangen sei, wenn es  
von ihnen gestellt werde.

Eine solche Politik ist ja auch ganz im Geiste des Herrn Thiele  
gehalten. Der bekannte, am 15. September d. J. von uns und aus dem  
„Verl. Tagebl.“ abgedruckte Erlaß des Ministerialdirektors Kirch-  
hoff spricht ja ausdrücklich davon, daß die Eisenbahnverwaltungen  
sich auch beim Sinken der Löhne der allgemeinen Geschäfts-  
lage anzuschließen haben und daß ebenfalls eine Verminder-  
ung des Personals und des Lohnaufwandes durch  
Einführung des Stücklohnes oder Prämienverfahrens zu erfolgen  
habe. Gemäß diesem Erlaß sind denn ja auch, wie wir schon An-  
fang September berichteten, Arbeiterentlassungen z. B. auf  
den Güterbahnhöfen erfolgt.

Ferner sei noch bemerkt, daß wir gegenüber einem Artikel der  
„Nordd. Allgem. Ztg.“ über denselben Gegenstand unsere Ver-  
wahrung aufrecht erhalten, daß der oben erwähnte Erlaß des  
Ministers, der Verminderung des Personals und des Lohn-  
aufwandes anordnet, inhaltlich ergangen ist und  
daß auf diese allgemeine Anordnung zahlreiche Arbeiter-  
entlassungen auch in der Provinz zurückzuführen sind.  
Wenn „jüngst“, wie es in der „Nordd. Allg. Ztg.“ heißt, die Ent-  
lassung von Arbeitern ausdrücklich untersagt und angeordnet worden  
ist, daß entbehrlich werdende Arbeiter an anderer Stelle, wo Lücken  
entstehen, wieder eingereicht werden sollen, so ist dieser neue Erlaß eben  
ein Widerspruch des früheren. Wir sind es ja allmählich gewöhnt,  
daß die Offiziere, wenn sie einen erfreulichen und verständigen Rück-  
zug eines Ministers verbeden wollen, dies mit einer Anpreisung des  
„Vorwärts“ bewerkstelligen, desselben „Vorwärts“, dessen Kritik und  
„Erfindung“ eben die erfreuliche Wandlung hervor-  
gebracht haben. Wir sind ausdrücklich bereit, ähnliche offizielle  
Komplimente wider Willen recht oft entgegenzunehmen.

**Jud' und König im Cenjurichug.** Die Besprechung der Streichung  
im Ement hat folgende Mitteilung aus Berlin an die „Königliche  
Vollz.“ verursacht:

Als ich vor Jahren einer Vorstellung des Faust im Schau-  
spielhause bewohnte, bellamierte Mephistopheles mit bissiger  
Ironie: „Die Kirche hat einen guten Magen, hat ganze  
Länder aufgefressen, und doch noch nie sich übergeben; Die  
Kirche allein, meine lieben Frauen, kann ungerichtet Gut  
verdammen.“ Darauf soll nach dem Text des früheren großherzoglich  
weimariischen Ministers und Ritters hoher Orden, Herrn v. Goethe,  
Faust die Bemerkung dazwischen werfen: „Das ist ein allgemeiner  
Bruch, ein Jud' und König kam es auch.“ Doch diese  
Zwischenbemerkung — blieb aus! Vielmehr fuhr Mephistopheles  
ohne weiteres fort: „Streich darauf ein Spange, Kett' und Ring',  
Als wären's eben Pfifferling.“ usw. —

### Deutsche Handelsergebnisse in Kantschu.

Gegenüber dem Gerücht einiger Blätter von einem großen  
Aufschwung des Handels in Tsingtau wird aus dortigen  
Handelkreisen der „Deutsch-Asiatischen Warte“ geschrieben:

„Im Interesse der Kolonie liegt es, daß gegen detarierte  
irreführenden Artikel in der hiesigen Presse Front  
gemacht wird, erstens weil sie in der Heimat irreführen  
und dann aber auch, weil sie Veranlassung geben, die Thätig-  
keit der Vertreter der Heimatsfirmen in den Augen der  
Stammhäuser herabzusetzen. Man wird sich natürlich zu  
Hause wundern, warum Aufträge ausbleiben. Unser Handel  
steht zur Zeit auf einem ganz tiefen Niveau und Klagen über  
schlechten Geschäftsgang sind auf der Tagesordnung.  
Mehrere große Export- und Importfirmen verkaufen jetzt schon  
en detail. Daß die Chinesen zur Zeit Waren von und nach  
Tsingtau mit der Bahn befördern, dürfte selbst dieser ganz neu sein.  
Ernisse und Del fanden jederzeit hier Absatz, da sie eben chinesische  
Nahrungsmittel sind; Strohhänder wurden gleichfalls schon im  
Vorjahre von hier aus exportiert. Bei den Einfuhrartikeln ist  
der sehr wichtige Zusatz verlesen, daß die meisten für Chinesen  
bestimmten Artikel japanische Imitationen sind. Man  
braucht nur einmal durch die Geschäfte in Tsingtau zu gehen, um  
sich zu überzeugen, daß die Artikel nicht nur selbst nachgemacht  
sind, sondern auch die Namen deutscher Fabrikanten tragen. Bei  
einem Aufblühen des Geschäfts hätten die hiesigen Kaufleute  
gewiß schon gegen solche schamlose Fälschungen Front gemacht und  
wirkliche gute deutsche Ware angeboten. Die Aufnahme-  
fähigkeit des Hinterlandes steht aber gerade jetzt  
infolge der erhöhten Steuern hinter den früheren  
Jahren zurück, und es wird Jahre dauern, ehe  
von einem richtigen Importgeschäft die  
Rede sein kann. Regierungsladungen, Kohlen-  
schiffe für die Marine, Sendungen für die Truppen im Norden, die in-  
folge des Winters hier gelöst werden müssen, zählen für den  
Handel mit den Chinesen doch gewiß nicht mit. Außerdem müssen  
die Postdampfer Tsingtau anlaufen, gleichviel ob mit, ob ohne  
Ladung. Daß Tsingtau mit der Zeit ein größerer Handelsplatz  
werden wird, ist ungewisselhaft. Wie die Verhältnisse aber zur Zeit  
liegen, kann von einem Aufschwung keine Rede sein.“

Ohne das ruhmvolle System der „Pachtungen“, ohne Kreuz-  
und Radezüge hätte sich der Handel in Schantung jedenfalls er-  
heblich günstiger gestaltet. Wie jetzt die Dinge liegen, erscheinen  
auch die Zukunftshoffnungen der „Deutsch-Asiat. Warte“ höchst un-  
sicher. —

### Ausland.

#### Oesterreich-Ungarn.

##### Die Thronrede.

mit der König Franz Joseph das ungarische Abgeordnetenhaus er-  
öffnete, betonte, daß fast auf jedem Gebiete tief eingreifende  
legislative Maßnahmen notwendig seien. Unter den der Erledigung  
havernden Aufgaben trete die bedeutungsvolle Frage der wirtschaft-  
lichen Lage in den Vordergrund. Der vorige Reichstag habe die  
zwischen den Ländern der ungarischen Krone und den andern König-  
reichen und Ländern obshwebenden Handelsangelegenheiten auf pro-  
visorischer Grundlage geregelt. Diese Angelegenheiten erforderten ver-  
möge ihrer tiefreichenden Wichtigkeit für das ganze wirtschaftliche  
Leben des Landes eine dem Geiste des Gesetzes von 1867 entsprechende  
dauerndere Regelung auf Grundlage eines gerechten und billigen  
gegenseitigen Ausgleichs der Interessen. Schluß Vorbereitung der  
internationalen Handelsverträge, welche für die gesamt-  
wirtschaftlichen Verhältnisse von entscheidender Bedeutung sind, sei  
vor allem im Sinne des Gesetzes von 1869 eine neue Feststellung des  
allgemeinen Zolltarifs erforderlich, welcher berufen sein werde, jeden  
Freizug der Produktion, die landwirtschaftlichen und industriellen  
Interessen gleichmäßig und harmonisch zu schützen. Die  
Thronrede bezeichnete ferner als eine hervorragende Aufgabe des  
Reichstages die Verwaltungsreform und die Reform der direkten  
Steuern und erklärt, daß die behufs endgültigen Abschlusses der  
Währungsreform notwendigen Vorlagen zu geeigneter Zeit unter-  
breitet werden sollen. Die nationale Produktion und nationale  
Arbeit nach allen Richtungen und harmonisch zu unterstützen,  
die Privatthätigkeit durch der finanziellen Kraft des Staates  
angemessene fruchtbringende Investitionen zu fördern, die  
natürlichen Wasserkräfte zu entwickeln, künstliche zu schaffen,  
für die landwirtschaftlichen und gewerblichen Produkte den  
inneren Markt zu entwickeln, den auswärtigen Markt  
aber auch bei dem gesteigerten Wettbewerb zu erhalten und neue  
Abgabengebiete zu schaffen, das Genossenschaftswesen zu pflegen, — all  
dies bilde die wirtschaftlichen Aufgaben der nächsten Zukunft. Als  
Fortsetzung der sozialen Reform sei die Einführung einer Arbeiter-

Unfallversicherung ins Auge gefaßt. Bezüglich des Militär-Straf-  
verfahrens wird die Hoffnung ausgesprochen, daß der bezügliche Ge-  
setzentwurf dem gegenwärtigen Reichstag vorgelegt werden  
können. —

### Frankreich.

#### Die Bergarbeiterbewegung.

Obgleich für die nächste Zeit der Generalfreist nicht zu erwarten  
ist, stehen die Forderungen der Bergarbeiter noch immer im Mittel-  
punkt des öffentlichen Interesses.

Die Kommission für Arbeiterschutz hat sich jetzt  
auch an die Unternehmer gewandt und sie ersucht, sich über folgende  
drei Punkte zu äußern: 1. Einführung von drei Arbeitsschichten  
à 8 Stunden; 2. welchen Einfluß würde die Einführung des Acht-  
stundentages auf die Kostenproduktion ausüben? und 3. welche Vor-  
schläge haben die Unternehmer zu machen, um zu einer Verständigung  
mit den Bergleuten zu gelangen.

In der Kammerkommission für soziale Ver-  
sicherungsgesetzgebung wird die Frage der Alterspensionen  
für Bergleute beraten. Nach einem dort aufgestellten Projekte soll  
eine Alterspensionskasse gegründet werden, deren Einnahmequellen  
folgende zu sein hätten: Für jeden zum Militär eingezogenen  
Bergmann hätte der Staat 10 Centimes pro Tag zu zahlen; 15  
Prozent der Staatssteuer, welche die Bergbauergesellschaften  
zu zahlen haben, und 4 Proz. des Lohnes ausländischer Arbeiter, die  
aber nicht von diesen, sondern von den Unternehmern zu zahlen  
wären. Es existieren nummehr bereits drei verschiedene Entwürfe,  
der von Vostin, der des Ministers Roubin und der der Kommission;  
die letztere hat beschlossen, Vostin und den Minister zu laden, um  
über die drei Entwürfe zu einer Verständigung zu gelangen.

Die Bergleute von Montceau-les-Mines haben  
beschlossen, den Streik zu vertagen; bekanntlich befürchtete man, daß  
die Bergleute von Montceau trotz des Beschlusses des National-  
komitees doch in den Ausstand treten würden. Aus dem Bericht des  
Delegierten Merzet ist zu ersehen, daß außer diesem nur noch der  
Delegierte des Loire-Kohlengebietes für den sofortigen Streik war.

Das Nationalkomitee der Bergleute veröffentlicht  
noch folgenden Beschluß: Wenn die Antwort der Regierung auf die  
Forderungen der Bergleute nicht zufriedenstellend ausfallen sollte,  
so ist der Nationalsekretär Cotte beauftragt, die übrigen Mitglieder  
des Nationalkomitees um ihre Ansichten zu befragen. Je nach dem  
Ausfall derselben ist der Sekretär befugt, den Generalfreist zu  
erklären; nur muß diese Order 5 Tage vorher bekannt werden.  
Ebenfalls dem Sekretär aufbeimgestellt ist die Order der ev. Wieder-  
aufnahme der Arbeit. —

### Belgien.

#### Blutiger Zusammenstoß zwischen Bauern und Soldaten.

Nach einer Brüsseler Meldung kam es am Sonntag zwischen Sol-  
daten des bei Wecheln gelegenen Forts Waechen und Einwohnern  
der Ortschaft Waechen zu einem heftigen Zusammenstoß. Mit  
Spaten und Hengabeln bewaffnete Bauern trieben die Soldaten  
zurück. Drei der letzteren wurden getötet.

Die strafrechtliche Verfolgung des sozialistischen Deputierten  
Smeets, welche seitens der Staatsanwaltschaft beantragt war, ist  
von der Kommission der Kammer mit 5 gegen 2 Stimmen abgelehnt  
worden. —

### Italien.

#### Zum Skandal in Neapel.

In der römischen Presse wird die  
Frage aufgeworfen: Was wird die Regierung thun? Wird sie die  
Schuldigen bestrafen, und welche Maßnahmen wird sie ergreifen,  
dieser Mißwirtschaft in Neapel ein Ende zu machen? Auch die  
Kammer wird sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben, da  
hierauf bezügliche Interpellationen eingereicht sind. —

### England.

#### Die Erkrankung Eduards VII.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus London: „Reynolds  
News Paper“ erklärt auf Grund bester Informationen, daß die in  
America veröffentlichten Nachrichten über das Befinden des Königs  
Eduard wahr seien. Er leide an e h l o p s t r e b s. Der König habe seit  
vielen Jahren in der Behandlung von Sir Sieveling, eines der be-  
deutendsten Vorkliniker gestanden und bei seiner Thronbesteigung sei der  
bekannte Aekthlopf-Spezialist Sir Felix Semon zu seinem Leibarzt  
ernannt worden. Man habe dem König geraten, nicht zu rauchen  
und nicht mehr als nötig zu sprechen. Der wahre Zweck seiner letzten  
Reise nach Fredensborg sei gewesen, dort einige bekannte deutsche  
und französische Aerzte zu konsultieren. Die Hofbeamten versichern,  
die Budegung in der Sache des Königs sei nicht bössartig, doch wisse  
der Hof sehr wohl, daß die Stimme des Königs von Woche  
zu Woche rauher werde. Der König leide an einer  
Papillargeschwulst an dem linken Stimmband, diese sei  
dreimal entfernt worden. In einer der letzten Nächte der vorigen  
Woche wurde eilig ärztliche Hilfe gerufen und man fand, daß der  
König mit Mühe Atem holte. Es wurde sofort eine Operation voll-  
zogen, aber die Erleichterung gelte nur als vorübergehend, da das  
erkrannte Epithel zu einem trebsartigen Gewächse geworden sei. Der  
König selbst beschränkte das Schlimmste, habe aber befohlen, keine der  
Bestellungen für die Krönungsgewänder zurückzunehmen, damit kein  
Argwohn im Publikum entstehe. —

**Große Aufregung** hat in London die Meldung aus Moskau  
herbeigeführt, wonach sich dort die Bevölkerung am Sonntag zu  
anti-englischen Kundgebungen hat hinreissen lassen. Der englische  
Konsul wurde beschimpft und auf der Straße verfolgt, die Fenster  
des Konsulats eingeworfen und boerfreundliche Proklamationen in  
den Straßen angeheftet. Man fordert die Regierung auf, gegen diese  
Kundgebungen auf diplomatischem Wege zu protestieren. —

**Die Entschädigung der Ausländer.** Die Arbeiten der  
Kommission zur Prüfung der Entschädigungsanprüche der aus  
Südafrika ausgewiesenen Personen sind ganz unerwartet durch eine  
diplomatische Abmachung zum Abschluß gebracht worden. Der  
Regierungsvertreter Redagh teilte in der heutigen Sitzung mit, daß  
die gesamten Entschädigungssummen, die endgültig mit den Ver-  
tretern der befreundeten Mächte hinsichtlich der Ansprüche ihrer  
Staatsangehörigen fortgesetzt worden sei, 69 550 Pfund Sterling  
betragen.

### Asien.

**Die Verschwörung in Persien.** In Bombay eingegangene  
Nachrichten bestätigen die Meldung aus Teheran von einer Ver-  
schwörung gegen den Schah und besagen, die Adelsführer seien  
nach Kaschan gebracht worden, wo sie lebenslanglich eingekerkert  
werden. Ein angesehener und reicher Einwohner sei unbedeutend und  
gefesselt durch die Straßen Teherans geführt worden. Die Ver-  
schwörer hätten auf die Unterstützung der Bevölkerung gerechnet;  
denn es herrsche starke Mißstimmung über den Plan des Schahs,  
eine Anleihe zum Zwecke einer Pilgerfahrt nach Mekked und einer  
zweiten Reise nach Europa aufzunehmen. —

#### Amerikanische Barbaren auf den Philippinen.

Aus Manila wird gemeldet: Hier aus Catbalongan ein-  
getroffenen Nachrichten zufolge sind von den Behörden der Vereinigten  
Staaten energische Maßnahmen ergriffen worden, um den  
Aufstand auf Samar niederzuwerfen. General Smith richtete  
an alle Präsidenten, Häuptlinge und Dorfschaften die Auf-  
forderung, weitere Aufstrebungen zu verhindern dadurch,  
daß sie alle Waffen ausliefern und vor dem  
6. November alle Teilnehmer an dem gegen das  
9. Infanterie-Regiment gerichteten Angriff an-  
geben. Andernfalls würden die Präsidenten nach Guam auf  
den Ladronen gefandt, ihre Dörfer zerstört und ihr Eigen-  
tum konfiskiert werden. Kapitän Wallers Marinesoldaten  
sind in Balangim und Safey. Zehn Kanonenboote überwachen die  
Küste von Samar. Die meisten Städte im Süden von  
Samar wurden zerstört.

Gerade weil die bürgerliche Presse, die von Entrüstung über die  
englischen Greuel in Südafrika überströmte, für die amerikanischen Greuel  
auf den Philippinen kaum ein Wort der Kritik, geschweige denn ein  
ähnliches Verdammungsurteil findet, ist es angebracht, das Vorgehen  
der Pankees mit dem gleichen Maßstab zu messen, wie das der Eng-  
länder. Der Verteidigungskrieg der Philippinos ist zweifellos ein  
ebenfalls berechtigter Freiheitskrieg, wie der der Boeren. Und die  
Amerikaner haben nicht das mindeste Recht, den Philippinos, denen  
sie das spanische Joch abhütteln halfen, dieses Dienstes wegen nun  
ihr Joch aufzuerlegen. Ferner haben die Philippinos zweifellos das  
gleiche Recht, einen Guerillakrieg zu führen, wie die Boeren. Wenn  
deshalb Amerika die Philippinos, die für ihre Unabhängigkeit kämpfen,  
wie Banditen behandeln und für ihren Widerstand an Eigentum und  
Person strafen will, so ist das eine ebenso gemeine Barbarei,  
wie sie Lord Kitghener auf Chamberlains Geheiß in Süd-  
afrika verübt. —

### Amerika.

#### Eine Niederlage Castros.

Aus San Juan (Puerto Rico) wird nach einer New Yorker Nachricht gemeldet, daß der Revolutionär  
Manol Tebar, der die Präsidentschaft von Venezuela anstrebt, eine  
Depeche empfangen hat, nach welcher die Truppen Castros bei  
Matucin nach einem sechsständigen Kampfe völlig geschlagen worden  
seien. Die Verluste seien auf beiden Seiten schwer. Castros  
Truppen hätten sich zurückgezogen und den Unbefriedigten die Stadt  
und Umgegend überlassen. Der Befehlshaber der Truppen Castros  
und viele Soldaten seien gefangen genommen worden. Auch  
Munition sei erbeutet worden.

Die Unzuverlässigkeit der New Yorker Meldungen über Vorgänge  
vom südamerikanischen Kriegsschauplatz ist bekanntlich keine un-  
bedingte. —

### Der Boeren-Krieg.

#### Vom Staudrecht.

Wie der Korrespondent des „Reuterschen Bureaus“ aus Mittel-  
burg (Kaplonie) in einem Briefe vom 1. d. M. meldet, ließ Oberst  
Gorringe einige Gefangene, die bei ihrer Gefangennahme Abak-  
Uniformen trugen, durch ein Kriegsgericht summarisch aburteilen und  
erschießen.

#### Englischer Raub.

Wie der „Daily Mail“ aus Bloemfontein gemeldet wird, ist  
dort die Beschlagnahme der Vanquithaben von elf  
Burgheis öffentlich bekannt gegeben worden, die sich nicht vor  
dem 15. September ergeben haben und deren Verstumt daher den  
Bestimmungen der Proklamation vom 6. August unterliegt.

England vergreift sich also wirklich in infamster Spitzbuben-  
manier an dem Privateigentum der Boeren! Die Niederbrennung  
der Farmen und den Raub des Viehes konnte man mit dem Vorwand  
motivieren, daß man dem Feind die Möglichkeit des Requirierens  
nehmen müsse; die Beschlagnahme der Vanquithaben aber  
charakterisiert sich als noch stärker, gemeiner Raub.  
Kitghener hat sich damit vollends zum Banditen entwürdigt.

#### Scharmügel.

Die englische Kriegsführung auch der letzten Woche ist im großen  
und ganzen völlig ergebnislos gewesen. Die heute vor-  
liegenden Depeschen berichten nur über einige bedeutungslose Schar-  
mügel, in denen von den Engländern einige wenige Gefangene ge-  
macht wurden. Lieber den Ausbruch anderer kleinerer Gefechte, die er-  
wähnt werden, erfährt man nichts Näheres, wahrscheinlich,  
weil dabei die englischen Truppen keine Vorbeeren geerntet  
haben. Die Mittelungen lauten: Ein Telegramm aus  
Alexandria meldet, daß eine englische Abteilung,  
welche seit einigen Wochen das Land südlich von Astenburg  
durchstreift hat, am 17. d. M. in Alexandria mit 250 Boeren, die  
sich nach verschiedenen Plätzen zurückgezogen hatten, eingetroffen ist.

Es erscheint nach dem Wortlaut des Telegramms zweifel-  
haft, ob es sich um Gefangene handelt. Wahrscheinlich handelt  
es sich um Nichtkombattanten, die man nach den Konzentrations-  
lagern abzuschieben beabsichtigt.

Aus Pretoria wird gemeldet, General Remington hat den  
Feind in der Nähe von Amsterdam aufgespürt und mehrere Boeren  
gefangen genommen. Ein bedeutendes Kommando besetzte Schimmel-  
fontein. Man glaubt, daß es sich um die Reserven Votheas  
handelt. — Kleinere Gefechte werden aus den Distrikten von Senelal  
und Harrismith gemeldet. Die Unbesetzung des Südländes bietet den  
Boeren große Vorteile. — Eine englische Abteilung, die bei Nyl-  
stroom operierte, demächtigte sich zweier Boerenlager. —

#### Die Kriegsschiffe in England

tritt immer unmerklicher zu Tage. Sämtliche Blätter verzeichnen  
die Thatsache, daß die Anwerbung neuer Rekruten sehr schwach  
Resultate erzielt.

#### Die Hanger Post.

Aus dem Haag wird gemeldet: Der Antrag der Boeren auf  
Entscheidung der südafrikanischen Frage durch den Hanger Schieds-  
gerichtshof wird in der voranschreitend Mitte November der stän-  
digen nächsten Versammlung des Verwaltungsrates des Schieds-  
gerichtshofes zur Besprechung gelangen. Man nimmt an, daß der  
Verwaltungsrat zunächst präsen wird, ob er zur Erledigung  
derartiger Anträge zuständig ist. Sollte er sich für un-  
zuständig erklären, so wird der Antrag dem Archiv einverleibt  
werden.

Wahrscheinlich wird sich der Verwaltungsrat für unzuständig er-  
klären und den Antrag „dem Archiv einverleiben“, was nur eine  
pompöse Umschreibung für „in den Papierkorb wandern lassen“ ist.

#### Zum Boykott Englands.

Die Hafenarbeiter in Ronen erklärten sich einstimmig  
für Boykottierung der englischen Schiffe. Sie verlangten ferner den  
Zusammentritt eines Kongresses der Dockarbeiter von ganz Europa,  
um allgemein die Ladung und Löschung englischer Schiffe in Europa  
zu verhindern und England zu zwingen, dem Kriege in Südafrika  
ein Ende zu machen.

Ein Antwerpener Getreidehändler, welcher eine große Menge  
Getreide zu verkaufen hatte, erhielt von seinem Amsterdamer Agenten  
die Meldung, er könne diese Ware nur verkaufen unter der Be-  
dingung, daß sie nicht von einem englischen Dampfer trans-  
portiert wird.

Der Bund dreier Schiffsarbeiter-Vereine zu  
Rotterdam, dessen Ziel es ist, unmotivierten Umständen unter  
den Hafenarbeitern zu begegnen, sprach sich in einer gestrigen Ver-  
sammlung entschieden gegen den Plan eines Boykotts englischer  
Schiffe aus. — Möglicherweise handelt es sich hier freilich nur um  
Streikbrecherorganisationen. —

### Partei-Nachrichten.

Unser Protest gegen den Brotwucher sängt den Kon-  
servativen an, unheimlich zu werden. Die „Kons. Korresp.“ fählt  
die Notwendigkeit, die von uns wiederholt mitgeteilten Einzelangaben  
über die Zahl der in einzelnen Bezirken gegebenen Unterschriften  
für die Petition als ungenügend hinzuzustellen. Wir sind mit der  
„Kons. Korresp.“ ganz einer Meinung, daß die Zahl der Unter-  
schriften noch viel höher sein müßte, denn in der  
That sind es nur wenige Prozent der Bevölkerung, zu  
deren Gunsten die überwiegende Mehrzahl des deutschen Volkes  
abermals geschöpft werden soll. Es gibt sicher auch in den beiden  
Leipzigger Kreisen mit ihrer starken halben Million Einwohnern noch  
Tausende erwachsener Personen, die es sehr nötig hätten, gegen den  
agrarischen Wucher zu protestieren, die es aber aus irgend einem  
Grunde nicht thun konnten oder nicht thun wollten.



Die „Konf. Korresp.“ sucht es nun so darzustellen, als ob, da z. B. in den beiden Leipziger Kreisen die Zahl der Unterschriften etwa 20 Proz. der Einwohnerzahl beträgt, nun auch nur 20 Proz. der Bevölkerung auf unserer Seite ständen. In Wirklichkeit bedeuten aber diese Unterschriften, selbst unter der ganz unwahrscheinlichen Annahme, daß sie zur Hälfte von Frauen herrührten, mindestens 60 Proz. der Einwohner, die allein in Frage kommen, der erwachsenen nämlich. Da aber eben die Unterschriften zum größeren Teile von Männern herrühren dürften, so wird der Prozentfuß der Bevölkerung, der sich mit diesen Unterschriften auf die Seite der Bekämpfer des Vrotwuchers gestellt hat, noch weit größer.

Die „Konf. Korresp.“ mag doch veranlassen, daß die Probe auf das Exempel gemacht wird; sie mag eine Petition für den Vrotwucher veranstalten und dann wird sich's ja zeigen, wer Grund hat zu der Behauptung, daß das Volk auf seiner Seite steht.

Die „Konf. Korresp.“ meint, wir „prahlten“ mit den Unterschriften. Ach nein! Wir wählten auch wirklich nicht, was es zu prahlen gäbe angesichts der Tatsache, daß sich die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes von einem kleinen Häuflein rüchlichloser gewaltthätiger Strandräuber noch immer geduldsig brutalisieren und das Heil über die Ohren ziehen läßt. Da wäre schmerzliches Wehauern immer noch angebrachter wie Prahlerei. Aber wir geben uns weder mit dem einen noch mit dem andern ab, weil das eine so nutzlos wäre wie das andre, sondern wir thun unser möglichstes, um die große träge Masse zum Bewußtsein ihrer Macht zu bringen, und dazu dient auch vortrefflich, sie zum Bewußtsein ihrer Zahl zu bringen.

Das wissen die konservativen Mäcker auch, und sie fühlen sehr wohl, daß die gegenwärtige Protestbewegung ihrer Position einen fühlbaren Stoß geben kann, deshalb der Versuch, sie zu verkleinern. Der Risikoprotest wird ihnen noch sehr unbehagen werden!

**Demonstration gegen den Majestätsbeleidigungs-Paragrafen.** Am Sonntagabend wurde in Klona der Genosse Thomas aus dem Gefängnis entlassen, wo er 6 Monate Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung verbrachte. Zu seinem Empfang hatten sich, wie uns ein Privattelegramm meldet, gegen 8000 Parteigenossen vor dem Gefängnis eingefunden, die den Entlassenen mit Jubel begrüßten und ihn dann im Zuge geleiteten. Es war eine gewaltige Demonstration gegen die moderne Rechtsprechung, die jedes scharfe Wort der Kritik an der gegenwärtigen Politik als eine Majestätsbeleidigung auszuliegen geneigt ist.

**Auf 30 Jahre des Kampfes** blickt unser Nürnberger Parteiorgan, die „fränkische Tagespost“ zurück. Am 28. Oktober 1871 erschien in Nürnberg die erste Nummer des „fränkischen demokratischen Wochenblattes“, das sich in einem Einführungsartikel zu dem Programm Johann Jacobis bekannte und aus dem die heutige „Tagespost“ hervorgegangen ist. Der erste Redakteur des Blattes war der jetzige Bauernbändler Anton Kemminger, der sich schon 1873 einigen drohenden Gefängnisstrafen durch die Flucht in die Schweiz entzog. Nach ihm war es bald der Genosse Grillenberger, der seine Kraft dem Blatte widmete. Von Anfang an und bis heute ununterbrochen war auch unser alter Gabriel Löwenstein für das Blatt thätig.

In diesen 30 Jahren hat das Blatt schwere Kämpfe zu führen gehabt; unter Kämpfen ist es mit der Partei groß geworden; auch heute steht es mitten im heißen Kampfe und mutig führt es die Sache der Arbeiter Nürnbergs, die Sache des Proletariats gegen Massenherrschaft und Reaktionswirtschaft.

Unser herzlichster Glückwunsch!

**Die Genossenschaftsdruckerei in Halle,** ein Arbeiterunternehmen, in dem unser dortiges Parteiblatt hergestellt wird, hatte ihren Austritt aus der Genossenschaft der Buchdrucker erklärt. Die Leitung des Unternehmens hatte sich zu diesem voreiligen Schritte verleiten lassen durch ihre Entrüstung über die Abfindung des bekannten Telegramms an Bälows und Posadowski seitens des Tarifausschusses. Dienterlei ist man dann zu der Einsicht gekommen, daß dies für die in der Druckerei beschäftigten Arbeiter Folgen hat, die keineswegs beabsichtigt waren und zu Konflikten führen müßten; so soll die Angelegenheit jetzt einer Parteiverammlung zur Entscheidung vorgelegt werden, die in etwa 14 Tagen stattfinden wird.

Wir meinen, man sollte den Fehler, den man jetzt eingesehen hat, ohne weiteres wieder gut machen.

**Beleidigungsklage** haben die Genossen Stenenge vom „Hamburger Echo“ und Adg. Herrn. Fürster angestrengt gegen die Redactoren Pleisch und Niemann in Harburg, die ihnen in ihren Blättern „Hamburger Anzeiger“ und „Hamburger Zig.“ nachgeredet haben, sie hätten einen Meuterei geleistet.

**Die socialdemokratische Partei in Oestreich.**

Aus den jetzt vorliegenden Berichten über den Stand und die Thätigkeit der socialdemokratischen Partei in Oestreich, die für den am 2. November in Wien beginnenden Parteitag bestimmt sind, sind eine Reihe Thatsachen von hohem Interesse. Aus dem Bericht der Gesamtparteiverammlung entnehmen wir die nachstehenden Angaben über das Ergebnis der letzten Parlamentswahlen, aus denen die vorher 15 Mann starke socialdemokratische Fraktion des österreichischen Parlaments leider nur mit 10 Mandaten zurückkehrte. Wie wenig die Zahl der Mandate zur Vertheilung der Stärke der Partei ausreicht, ersieht man aus diesen Angaben über die Wahlen in der 5. Kurie:

	Wahlmännerstimmen (direkte Wahlen)	Wahlmännerstimmen (indirekte Wahlen)
Socialdemokraten	201 802	3084
Jungescheu	27 222	3078
Christlichnational	9 858	3438
Alteutsche	26 313	2910
Deutschnational	—	2938
Christlichsocial	174 003	759
Liberal	6 500	1076
Deutsche Volkspartei	18 304	981
Uebrige (9 Parteien)	97 611	1013

Berechnet man nun die Anzahl der abgegebenen Wahlmännerstimmen durchschnittlich (wobei die Socialdemokraten noch zu kurz kommen, da ihre Wahlmänner nur in den industriereichsten Gegenden gewählt wurden) mit etwa 150 Wählerstimmen und zählt die in Orten mit direktem Wahlrecht abgegebenen Wählerstimmen hinzu, so ergibt sich folgendes:

Partei	Stimmen	Gesamtzahl der Mandate im Abgeordnetenhaus	Nach proportional-wahlrecht würden entfallen
Socialdemokraten	799 402	10	68
Jungescheu	578 622	8	42
Christlichnational	525 558	5	33
Alteutsche	462 813	21	34
Deutschnational	350 700	37	25
Christlichsocial	288 333	22	21
Liberal	169 298	39	12
Deutsche Volkspartei	157 994	51	11
Uebrige (9 Parteien)	2 421 088	155	162
	6 753 858	423	423

**Stand der Presse.** Die Gesamtpartei verfügt gegenwärtig über 48 politische Blätter. Davon erscheinen:

täglich acht Blätter, und zwar 3 deutsche, 2 tschechische, 2 italienische, 1 polnische;  
dreimal wöchentlich erscheinen zwei tschechische Blätter;  
zweimal wöchentlich fünf: 3 deutsche, 1 tschechische, ein italienisches;

einmal wöchentlich 26 Blätter: 19 deutsche, 5 tschechische, 1 italienisches, 1 slowenisches;  
zweimal monatlich erscheinen sechs Blätter: 1 deutsches, 3 tschechische, 1 polnisches und 1 russisches;  
einmal monatlich erscheint ein tschechisches Blatt.

Die organisierte Arbeiterschaft verfügt außerdem über die Gewerkschaftspressen, die 60 Blätter umfacht, darunter 26 deutsche, 20 tschechische, 8 polnische und 1 italienisches.

Dazu kommen noch der „Arbeiterschut“, das Blatt der Krankenlaffen, und drei humoristische Blätter: 2 deutsche und 1 tschechische.

An politischen Verfolgungen hat es auch in der Verichtsperiode (zwei Jahre) nicht gefehlt. Keine nationale Organisation war davon ausgenommen. Das Strafregister ist in folgender Tabelle zusammengefaßt:

Organisation	Freiheitsstrafen		Geldstrafen	
	Jahre	Monate	Tage	in Kronen
Deutsche Organisation	10	10	2	3347,08
Tschechische Organisation	10	7	4	2457,40
Polnische Organisation	8	11	10	998,—
Italienische Organisation (Südtirol)	—	6	26	436,—
(Kaisertum)	—	—	8	60,—
Südtirolische Organisation	—	3	1	41,—

Zusammen 31 Jahre 2 Monate und 27 Tage Haft, darunter 13 Jahre 4 Monate Kerkerstrafen, und 7369,48 Kronen an Geldstrafen.

Die Einzelheiten über die Parteithätigkeit sowie über den Stand der Organisationen sind zerstreut in den Berichten der nationalen Organisationen, aus denen sich eine außerordentlich rege Thätigkeit ergibt und auch recht beachtliche Erfolge im Keinen ergeben. Leider sind die Einzelberichte sehr ungleichmäßig in den thatsächlichen Angaben, so daß eine Zusammenstellung weder über die Zahl der Einzelorganisationen, noch über die Zahl der Mitglieder oder über die Erfolge bei den Gemeinderatswahlen sich geben läßt. Nur so viel läßt sich sagen, daß in einzelnen Kreisen bei den Gemeinderatswahlen recht beträchtliche Erfolge erzielt wurden, daß sogar in einigen Gemeinden die socialdemokratische Gemeindevorsteher und socialdemokratische Stadträte amtierten, da die Genossen in diesen Gemeinden die Mehrheit in der Verwaltung besitzen.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**

Der Beleidigung eines Polizeikommissars sollen sich die Genossen Wabersthy als Redacteur und Krause als Berichtsersteller des „Hamburger Echo“ schuldig gemacht haben, indem sie über diesen Beamten Behauptungen aufstellten, in denen der Vorwurf der Bestechlichkeit enthalten sein soll. Beide wurden zu je 300 R. Geldstrafe verurteilt, während der Staatsanwalt nur 150 R. beantragt hatte. In der Verhandlung handelte es sich hauptsächlich um die durch mehrfache Beobachtungen festgestellte Erscheinung, daß so oft keine „Buchmacher“ auf dem Wege sind, die auf Fußwegen zwischen dem Publikum Betten verstellen, gefacht und zur Anzeige und zur gerichtlichen Bestrafung gebracht werden, während große weltbekannte Buchmacher, die auf den Sattelplätzen ihr Wesen trieben und zwar, wie durch Neugenaussagen festgestellt wurde, in nächster Nähe des Polizeikommissars, unbehelligt bleiben. Ueber diese Thatsachen gab der als Zeuge vernommene Beleidigte folgendes an:

„Dah er und seine ihm unterstellten Beamten nicht gegen die großen Buchmacher, die auf den Sattelplätzen und in der Nähe der Tribünen ihre Geschäfte machen, einschreiten, sei eine Folge der ihm von seiner vorgesetzten Behörde erteilten Instruktion: „Die anständigen Buchmacher zu schonen und nur gegen die Strohe auf den Fußgängerplätzen vorzugehen.“

Der Redacteur, der diese aus dem Politischen im gemein kriminelle übertragene Schönheitsmoral natürlich nicht einer Behörde zutraute, sondern höchstens an die Gulgeltung eines einzelnen Beamten glaubte, muß nun für diesen guten Glauben Strafe bezahlen.

— **Grober Unfug.** In je 20 R. Geldstrafe wurden vom Landgericht Hannover die Mitglieder der Wohlfahrt-Kommission, die Genossen Lohberg, Graeger und Fenske, sowie der Genosse Reinert verurteilt, weil sie durch ihre Thätigkeit als Wohlfahrt-Kommission sowie Genosse Reinert durch seine in dieser Sache gehaltene Verlesungsrede „groben Unfug“ verübt haben sollen. Das Schöffengericht hatte die Angeklagten freigesprochen, während die Strafkammer der Berufung des Amtsanwalts Folge gegeben hat.

**Sociales.**

Der Erlaß des bayerischen Ministeriums zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit führt, wie wir aus einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ erfahren, aus, daß seit dem letzten diesbezüglichen Erlaß eine Verschärfung der Verhältnisse eingetreten und für den bevorstehenden Winter eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit zu besorgen sei.

Es wird dann ausgesprochen, daß Gemeinden, Kreise zc. möglichst alle geplanten öffentlichen Arbeiten recht bald in Angriff nehmen sollen und dann werden die Behörden angewiesen, bei allen diesen Arbeiten vorzugsweise inländische und in erster Linie verheiratete Arbeiter zu beschäftigen. Die Arbeitsämter sollen überdies veranlaßt werden, in kurzen Zwischenräumen die bei ihnen eingegangenen Meldungen untereinander auszutauschen, um eine gleichmäßige Verteilung der Angebote zu ermöglichen. Ueber Vollzug und Erfolg des Erlasses haben die Behörden binnen 6 Wochen Bericht an Ministerium zu erstatten.

Eine Anordnung über die Gewährung anständiger Löhne vermischen wir allerdings in diesem sonst ganz dankenswerten Erlasse.

**Die Lehrer und die Arbeiterbewegung in den Niederlanden.** Der Hauptvorstand des Bundes der niederländischen Lehrer hat eine Kommission von neun Personen, darunter mehrere Socialdemokraten, ernannt, die ein Gutachten über das Verhältnis der Lehrerbewegung zu der übrigen Arbeiterbewegung liefern soll. Diese Kommission hat nun den örtlichen Abteilungen des Lehrerbundes die folgenden Fragen vorgelegt: Ist es vorteilhaft für das Schulfach und für die Lehrer, daß sie auch mit andern, als mit Lehrerverbänden zusammenwirken, wenn es gilt: 1. die Vertretung der Interessen der Kinder, auch außerhalb der Schule (Kleidung und Kleidung der Kinder, Verbot der Kinderarbeit usw.), 2. die Vertretung der Interessen der Kinder, auch außerhalb der Schule (Kleidung und Kleidung der Kinder, Verbot der Kinderarbeit usw.), 3. Verbesserung der Lebensverhältnisse der Eltern (bessere Wohnung, Festsetzung eines Maximal-Arbeitstages, eines Minimallohnes, Unfallversicherung, Bekämpfung der Trunksucht), 4. die Unterstützung der Arbeiter bei Streiks um bessere Lebensbedingungen, 5. die Verteidigung des Koalitionsrechts (bei Ausperrungen, Boykotts oder Angriffen auf dieses Recht durch gesetzliche Körperschaften), 6. Erweiterung des Wahlrechts (allgemeines Wahlrecht, Wahlrecht für die Händler und für die Frauen), 7. Verlängerung der Arbeitszeit (Ruhezeiten), 8. Altersfürsorge (Staatspension, Alters- und Invaliditätsversicherung) — Ist es von Bedeutung für das Schulfach und für die Lehrer, wenn sie sich, zwecks dauernden Zusammenwirkens, an die Arbeiter angeschlossen durch Beitritt zu den Arbeitersekretariaten, Gewerkschaftskommissionen usw.?

**Gewerkschaftliches.**

**Berlin und Umgegend.**

**Christliche Gewerkschaftler.** Bekanntlich besteht hier ein „Bund christlicher Fleischergehilfen“. Zwischen diesem und der freien Gewerkschaft der Fleischer und aus Anlaß der gegenwärtigen Lohnbewegung im Berliner Fleischergewerbe Verhandlungen zwecks Einigung beider Organisationen angebahnt worden. Anfangs schien es auch, als wolle die christliche Gewerkschaft darauf eingehen. Blüchlich aber brach sie — wie uns mitgeteilt wird — unter einem nützigen Vorwand die Verhandlungen ab und verkündete in ihrem Presbiterium, daß die geplante Verschmelzung

beider Organisationen gescheitert sei. In einer am letzten Sonntag abgehaltenen Versammlung der christlichen Fleischergehilfen wurde dem auch die feindliche Stimmung gegen die andre Organisation, welche man, um die Leute im christlichen Lager grünlich zu machen, als eine socialdemokratische bezeichnet, möglichst deutlich zum Ausdruck gebracht. Man warnte vor dem ge b ä h r e n i e n Arbeitsnachweis des Centralverbandes, den man für gefährlicher (1) hält als die privaten, mit erheblichen Kosten für die Arbeitssuchenden verknüpften Stellenvermittlungen. Besonders empfahl man den Arbeitsnachweis der Innung, der 1—3 R. Vermittlungsgebühr erhebt, und nur solchen Gesellen Arbeit zuweist, die sich durch ein Innungs-Verbandsbuch, welches 5—10 R. kostet, ausweisen.

Vermutlich hat irgend ein geistlicher Protetktor den christlichen Fleischergehilfen klar gemacht, daß es für sie besser ist, den Stellenvermittlern den sündigen Mannon zuzulassen und sich unter die Botmäßigkeit der Innung zu stellen, als durch ein Zusammengehen mit dem III socialdemokratischen Verband ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern.

**Deutsches Reich.**

**Der Konflikt in den Leipziger Tischlereien** scheint einen für die Arbeiter nicht ungünstigen Verlauf zu nehmen. Wieder hat die Verhandlung mit einem der vom Ausstande betroffenen Arbeitgeber zu einem befriedigenden Resultat geführt. Der Beschluß der Tischler-Innung, am Sonntagabend die Arbeiter auszuweisen, ist, so wie es jetzt bekannt, noch nirgends ausgeführt worden. Noch einer am Sonntagabendvormittag gemachten Zusammenstellung sind den Arbeitern in 37 Betrieben keinerlei Beschlüsse der Unternehmer unterbreitet worden. In diesen Betrieben, die insgesamt 751 Arbeiter beschäftigen, blieben also die 1890er Arbeitsbestimmungen unangefastet. Es sind das die größten Betriebe, in denen 62, 54, 43 Mann zc. beschäftigt sind.

**Der Zimmererstreik in Düsseldorf ist beendet.** Er hat acht Wochen gedauert. Zur Zeit arbeiten 887 Zimmerer bei 27 Unternehmern, welche die Forderungen bewilligt haben, während bei 28 Unternehmern, die die Forderungen nicht anerkennen, 138 Zimmerer in Arbeit stehen. Da also die Mehrheit der in Frage kommenden Arbeiter zu den geforderten Bedingungen beschäftigt wird und weitere Vorteile durch eine Weiterführung des Streiks nicht mehr zu erwarten sind, so wurde die Beendigung desselben in einer am Donnerstag abgehaltenen Versammlung beschlossen.

**Ausland.**

**Der Streik der Handknopfdreher in Oestreich** dauert fort. In Wien sind 120 Gehilfen ausständig, während 50 nach dem neuen Tarif arbeiten. In Serowich und Ubleinitz stehen etwa 150 Knopfdreher im Streik. Beden hier noch in Wien konnten bis jetzt günstige Vereinbarungen der Meister mit den Abnehmern der Knöpfe, den Exporteuren, erzielt werden. Die Arbeiter bestehen auf der Anerkennung ihres Tarifs, und es ist Sache der Meister, den Exporteuren gegenüber entsprechende Preise durchzusetzen.

**Die Situation in Marihaye** im Lütticher Kohlengebiet beginnt sich wieder zu verschlimmern. Vor einigen Tagen sind während der Nacht in etwa 15 Häusern die Fenster Scheiben eingeworfen worden; die Gendarmerie hat eine Anzahl Streikende verhaftet. Die Zahl der Einschreitenden hat sich auf den Straßen von Marihaye wiederum verringert. Die Streikleitung hat sich nochmals in einem längeren Schreiben an die Direktion gewandt, um Unterhandlungen in die Wege zu leiten.

**Der Tischlerverband in Dänemark** hat auf seinem letzten Verhandlungstag die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung beschlossen. Dieser Beschluß ist nun durch die Urabstimmung der Mitglieder ausgehoben worden. Am 1. Januar 1902 soll mit der Errichtung der Unterstützungsstelle begonnen werden. — Die Arbeitslosen-Unterstützung ist nun in 20 dänischen Gewerkschaften mit insgesamt 33 000 Mitgliedern eingeführt.

**Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten.** In einem von der Bundesindustrie-Kommission ausgearbeiteten Bericht über Gewerkschaften und Arbeiter-Unionen des Landes wird die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter, so weit sie sich ungefähr abschätzen läßt, auf 1 400 000 berechnet. Der Bund der American Federation of Labor zählt in seinen verschiedenen Zweigverbänden etwa 950 000 Mitglieder, dazu kommen die verschiedenen Organisationen der Eisenbahnleute mit 150 000 Mitgliedern und eine Anzahl nationaler Arbeiterverbände, die keinem Centralbörner angehören. Die rasche Entwicklung der American Federation of Labor, deren Mitgliederzahl sich im Laufe von zehn Jahren verdreifacht hat, befindet das Bestreben der Gewerkschaftsbewegung, die Interessengemeinschaft der organisierten Arbeiter zum Ausdruck zu bringen. Im Staate New York hat in dem Zeitraum vom 1. Juli 1894 bis 1. Juli 1901 die Anzahl der Arbeiter-Unionen von 860 auf 1805 und deren Mitgliederzahl von 157 197 auf 285 630 zugenommen.

**Lezte Nachrichten und Deyeschen.**

**Zur Frage der Hamburger Accordmurer.**

Hamburg, den 28. Oktober. (Privatdepeche des „Vorwärts“.) Die Versammlung der Accordmurer war principiell für Verständigung; sie wählte neun Personen, die mit der Kommission und neun Verbandmureuren eine Einigung anbahnen sollen.

**Bulgarische Thronrede.**

Sofia, 28. Oktober. (Meldung der „Agence Télégraphique Bulgare“.) Die Sobranje wurde heute nachmittag vom Fürsten Ferdinand mit einer Thronrede freilich eröffnet. Die Thronrede verweist auf die Bemühungen der Regierung, die Verwaltung des Staates auf gesetzlichem Wege zu leiten und hebt die in dieser Hinsicht erzielten Erfolge hervor. Da die finanzielle und wirtschaftliche Lage nach wie vor ziemlich schwierig sei, so giebt die Thronrede der Hoffnung Ausdruck, daß die Abgeordneten ohne Unterschied der Partei der Regierung Unterstützung leisten werden, um die wichtigen Maßnahmen zur Befestigung der Schwierigkeiten zu verwirklichen. Die Thronrede fährt dann fort: Entsprechend dem allgemeinen Wunsch der Nation, zu allen Mächten gute freundschaftliche Beziehungen zu erhalten, hat die Regierung alle ihre Bemühungen darauf gerichtet, solche Beziehungen zu den Großmächten und den Nachbarstaaten zu unterhalten und sie mit unserem Vertreter, dem russischen Reich, noch mehr zu festigen. Diese Beziehungen zu Russland fanden in dem Besuche des Großfürsten Alexander Michailowitsch, welcher vom ganzen bulgarischen Volke mit einmütiger Freude aufgenommen wurde, einen berechneten Ausdruck. Die Thronrede zählt schließlich die verschiedenen Gesetzentwürfe auf, die der Sobranje unterbreitet werden sollen.

**Explosion.**

Namur, 28. Oktober. (B. V.) Heute vormittag explodierte ein Pulverfaß in der Pulverfabrik von Velaine, worin sich 100 Kilogramm Pulver befanden. Der glückliche Zufall, daß die Arbeiter sich um diese Zeit in einem Nebenraum zum Frühstück befanden. Infolgedessen sind Menschenleben nicht zu beklagen.

London, 28. Oktober. (B. L. B.) Lord Ritzener telegraphirt aus Pretoria von gestern: Am 22. d. M. schickte übercaste Oberst Benson das Boerenlager bei Tichardfontein und machte 37 Gefangene. Am 25. d. M. wurde er nach einem langen Nachtmarsch in der Nähe von Zerkwofontein in ein Gefecht verwickelt mit den Kommandos unter Gabelaar und Erasmus, welche Bensons Nachhut und Flanken angriffen, aber mit leichter Mühe vertrieben wurden. Die Abteilung von Oberst Henry vertrieb Neuenhoub von einer starken Stellung in der Nähe von Kofffontein am 26. Oktober und verfolgt ihn jetzt mit Oberst Williams.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.



Die Einigungs-Verhandlungen zwischen den Apothekern und den Krankenkassen

Haben am Sonnabend unter der Leitung des Herrn Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz ihren Anfang genommen. Die Apotheker waren durch die Herren Marggraf, Dr. Callies, Dr. Kublmann, Dr. Freund, Schade und den früheren Rezeptrevisor Scholz; die Krankenkassen durch die Herren A. K. Mann, Dr. C. Freudenberg, A. Kohn, F. Schindler, E. Simonowitsch und Apotheker O. Staller vertreten.

Die Forderungen der Krankenkassen, wie sie in den verschiedenen Versammlungen der Kassenvorstände und Verwaltungsbeiräten aufgestellt worden sind, lauten: 25 Prozent Rabatt auf die Rezeptur und Erweiterung der bisher für die Kassen gültigen Handverkaufsliste.

Kassenvorsteher Simonowitsch betonte eingangs der Verhandlungen darauf, daß die Forderungen der Kassen mehrmals ausführlich begründet bekannt gegeben und den Apothekern unterbreitet worden sind, so daß eine Wiederholung und Begründung derselben überflüssig ist.

Apotheker Marggraf führt demgegenüber aus, daß die ursprünglichen Forderungen im Verlauf des Kampfes zu sehr verschärft und unklar geworden seien, so daß um die Grenzen festzustellen, dieselben von neuem präzisiert werden müßten.

Rach Verlauf derselben gab Apotheker Marggraf die Erklärung ab, daß die Apotheker mit der Revision und der Erweiterung der Handverkaufsliste einverstanden sind, daß sie aber die Forderung des Rezeptur-Rabatts ablehnen. Mit der Erweiterung der Handverkaufsliste würden die Kassen, wenn auch in anderer Form, Vergünstigungen erzielen, die denen des Rezeptur-Rabatts gleichkämen.

Dr. Freudenberg hält es für ganz unmöglich, durch die Erweiterung der Handverkaufsliste den Kassen diejenigen Vergünstigungen zu gewähren, die sie von dem Rezeptur-Rabatt erwarten. Nach einer von ihm vorgenommenen Aufstellung und einer ganz einwandfreien Stichprobe entfallen von 472 M. Arzneiausgaben 339 M. auf die Rezeptur, und nach Abzug derjenigen Mittel, die auch aus den Droguenhandlungen bezogen werden können und von denjenigen, die von den Kassen in eigene Regie übernommen worden, verbleibt nur noch der Betrag von 78 M., also nicht mal 20 Proz. für die Mittel, die für die Handverkaufsliste der Apotheker in Betracht käme.

Am den Abbruch der Verhandlungen zu vermeiden, findet hierauf wieder eine Pause statt, in welcher der Vorsitzende mit den Obmännern verhandelt und diese sodann nach längerer Beratung den Parteien folgenden Vorschlag unterbreiten:

- 1. Zur Klärung der Frage, welche Erparnisse die Kassen von einer Gewährung des geforderten Rezeptur-Rabattes erhoffen, erscheint es nötig, rechnerisch an der Hand des Materials aus einem normalen Geschäftsabchnitt der Kassen festzustellen: a) wie viel Rezeptur, b) wie viel Handverkauf, c) wie viel Ermäßigung der Rezeptur durch Rezeptur-Rabatt.

- 2. Diese rechnerische Aufstellung ist von den Herren Apothekern daraufhin durchzurechnen, ob a) die Erweiterung und Revision der Handverkaufs-Liste eine Ermäßigungsquote ergibt, wie die des obigen Rezeptur-Rabattes (10), b) welche Wege, falls dies nicht möglich, gewählt werden können, um obige Quote zu erreichen.

Ju diesen Vorschlägen führt Apotheker Staller namens der Kassenvorsteher etwa folgendes aus: Bei diesen Verhandlungen müßte freilich zwischen Handverkauf und Rezeptur unterschieden werden. Die Krankenkassen zahlen zum Handverkauf alle diejenigen Arzneimittel, die Privatpatienten ohne ärztliches Rezept anstandslos zu billigeren Preisen, als die Arzneitage vordreißt, erhalten.

Die Krankenkassen, bezüglich des Handverkaufs mindestens ebenso günstig gestellt zu werden, sei selbstverständlich und liege außerhalb des Bereiches der Diskussion. Von einer Vergünstigung könne es sich nur dann gesprochen werden, wenn die Krankenkassen nach dem Preise fast sämtlicher anderen Städte, auf die keine Rezeptur eine Ermäßigung zugewilligt werde. Dieses Verlangen sei mir so notwendig, weil selbst dann, wenn die Abfälle für Private in Geltung gebrachte Handverkaufsstoffe den Krankenkassen eingeräumt würde, den Krankenkassen doch noch nicht die Vergünstigungen zu Gebote ständen, weil der Private in der Lage ist, auch sogenannte zusammengefasste Arzneien, z. B. Phosphor-Wein, China-Tinktur, Ingwer-Tinktur, zusammenzukaufen für insgesamt 30 Pf. zu erhalten, während sich eine Mischung nach den Voraussetzungen der Handverkaufsstoffe für Kassen als Rezept betrachten und mit 80 Pf. bezahlt werden müßte.

Daher könnte von einem Rabatt auf die Rezeptur, oder einer gleichartigen Vergünstigung unter keinen Umständen abgegangen werden. Wenn nun die beantragte Enquete den Zweck haben sollte, das Verhältnis von Rezeptur und Handverkauf festzustellen und die Apotheker sich verpflichten, die von den Kassen verlangten Vergünstigungen in anderer Form als der des Rezeptur-Rabattes zu gewähren, so müßte betont werden, daß eine auch noch so weite Ausdehnung der Handverkaufsstoffe unter keinen Umständen den Rezeptur-Rabatt ersetzt.

Für die Krankenkassen sei aber das Verhältnis von Rezeptur zu Handverkauf kein Zweifel. Und wenn die Apotheker auf die Nachprüfung des ihnen seiner Zeit angebotenen Materials verzichteten und den von der Centralkommission gemachten Angaben, daß 3/4 Rezeptur 1/4 Handverkauf entspräche, ernstlich nicht widersprochen hätten, wobei noch zu bemerken ist, daß von dem 1/4 ca. 2/3 auf Mittel entfällt, die auch in Droguengeschäften zu haben sind, so bestünde für die Krankenkassen keine Veranlassung, sich auf neue, langwierige Untersuchungen einzulassen, die zweifellos sehr viel Zeit und nicht wenig Geld beanspruchten, aber sonst nichts Belangreiches herausbringen könnten.

Ju weiteren Verlauf der Diskussion kommt Herr Staller noch auf zwei Artikel des einen Delegierten der Apotheker, Herrn Dr. Kublmann, zurück, um zu beweisen, daß die ganzen Forderungen der Herren Apotheker, sie wollten den Krankenkassen die verlangten Forderungen bewilligen und nur eine andre Form dafür wählten, keine Bedenkens sind. Eine Ermäßigung der Handverkaufsliste, schrieb Herr Dr. Kublmann, auf ein Drittel des Arzneiumsatzes in Form des Handverkaufs, z. B. um 10 Proz., entspricht doch genau 5 Proz. Rabatt auf die zwei Drittel des Gesamtumsatzes an Rezeptur. Und in einem anderen Artikel: „Das Entgegenkommen, das der Vorstand der Berliner Apotheker am Anfang an gezeigt hat, ist kaufmännisch berechneter für die Berliner Verhältnisse, schon zu weitgehend und nur dadurch zu entschuldigen, daß die Berliner Apotheker neben dem meist kleineren Umsatz mit den Kassen den größeren Umsatz mit dem Privatpublikum haben.“ Das läßt geradezu wie eine Verhöhnung, und wenn die ganze Arbeit nur dazu führen sollte, um schließlich solche „Vergünstigungen“ herauszufolgen,

lungen sofort einzustellen und nicht erst diese Verschleppungskomödie mitzumachen. Dr. Freudenberg findet es sonderbar, daß die Apotheker jetzt, nachdem der Kampf bereits so lange dauert, eine Enquete verlangen. Von den Kassen sind wiederholt umfassende Berechnungen aufgestellt worden, so daß für sie weitere Erhebungen überflüssig sind.

Apotheker Scholz erachtet es für wichtig, daß eine solche Enquete vorgenommen und ein umfangreicheres Material verwendet wird. Der Handverkauf ist nicht so gering, wie behauptet wird, sondern Rezeptur und Handverkauf bilden ungefähr je die Hälfte im Arznei-Gewinn. Die Neubearbeitung der Handverkaufsstoffe vor 11 Jahren hat die Wirkung gehabt, daß die Gesamtarznei-Ausgabe des Gewerks-Krankenvereins um ca. 80.000 M. geringer geworden und die Arzneikosten pro Mitglied schließlich von 2,36 auf 1,95 M. zurückgegangen sind.

Dr. Freudenberg führt die angeführte Verminderung der Arzneikosten darauf zurück, daß das betreffende Jahr im Gegensatz zum Vorjahre infanzfrei war und insbesondere darauf, daß mehrere Kassen mit einer großen weiblichen Mitgliederzahl und einem außerordentlich hohen Arznei-Umsatz aus dem Gewerks-Krankenverein ausgetreten sind. Dr. Freudenberg führt dann weiter aus, daß es unbedingt notwendig ist, daß die Apotheker eine Erklärung abgeben, ob sie, falls die Erweiterung der Handverkaufsliste nur eine Vergünstigung von 5 Proz. ergibt, gewillt sind, weitere Wege zu beschreiten, um den Forderungen der Kassen zu entsprechen.

Apotheker Marggraf führt an, daß nach seiner Berechnung der Handverkauf zur Rezeptur 45-48 Proz. beträgt. Von den Kassen werden Vergünstigungen in der Höhe von 25 Proz. gefordert; die Apotheker werden die größere Hälfte, 15 Proz., zugestehen und sie sind jederzeit bereit, andre Wege zu beraten, falls diese Quote nicht erreicht wird. Herr Marggraf erklärt sodann auf die gestellten Anfragen, daß bei der Berechnung der 15 Proz. das bisherige System, wie es zwischen den Kassen und Apothekern vereinbart war, in Betracht kommt, daß also die für die Kassen bisher gültige Handverkaufsliste zur Grundlage genommen werden soll. Es könne nur diese Liste in Betracht kommen, weil es eine einheitliche, für alle Apotheker verbindliche Liste für Private nicht gibt und die Preise für den Handverkauf an Private in den verschiedenen Stadtteilen und sogar vielfach in den in ein und demselben Stadtteil gelegenen Apotheken andre sind.

Nach längerer Diskussion erklärten die Apotheker schließlich, daß sie damit einverstanden sind, daß alle diejenigen Mittel, die im Handverkauf an Private abgegeben werden, zu denselben Preisen in der Handverkaufsliste für die Kassen aufgenommen werden. Ju der weiteren Debatte, an der sich sämtliche Kassenvorsteher sowie Dr. Kublmann und namentlich Dr. Weikner beteiligten, handelte es sich hauptsächlich darum, ob die von den Kassenvorständen und den Obmännern in Vorschlag gebrachten Erhebungen vorgenommen werden sollen. Von den Kassenvorstehern wurde darauf hingewiesen, daß bereits genügend Aufstellungen vorhanden sind, daß die neuen Erhebungen eine ungeheure, mehrere Wochen in Anspruch nehmende und kostspielige Arbeit verursachen und eine Verschleppung der Verhandlungen eintreten würde.

Die Debatte wurde zwar in lebhafter, teilweise sehr erregter Weise geführt und die Parteien zogen sich wiederholt aufs neue zurück, um unter sich zu beraten; aber es hatte doch den Anschein, daß die Verhandlungen nicht resultatlos verlaufen würden, bis plötzlich Herr Marggraf erklärte, daß er nicht gesagt habe, daß die Apotheker 15 Proz. bewilligen, sondern daß dieser Satz nur die Quote für die vorzunehmenden rechnerischen Erhebungen bilden soll und daß ihm seine Worte im Munde umgedreht worden wären.

Diese Ausstellungen hatten zur Folge, daß die Kassenvorsteher einmütig erklärten, unter solchen Umständen auf keinen Fall weiter zu verhandeln, denn es werden genau so, wie bei den früheren Einigungsverhandlungen, seitens der Apotheker Versprechungen gemacht und nachher wieder zurückgezogen. Vom Gewerbegerichts-Direktor Herr v. Schulz wird hierauf der Vorschlag gemacht und auch acceptiert, daß die Apotheker in einer Versammlung zunächst darüber schlüssig werden sollen, inwieweit sie die Forderungen der Kassen anerkennen, und daß die Verhandlungen erst dann wieder aufgenommen werden.

Die Auffassung, daß Herr Marggraf namens der Apotheker den Kassen eine Vergünstigung von 15 Prozent statt der geforderten 25 Prozent Rabatt zugestanden und diesen Satz nicht nur als Grundlage für die vorgeschlagenen Erhebungen empfohlen hat, war allgemein und auch bei denen, die als Zuhörer den Verhandlungen beiwohnten, vorhanden. Diese Auffassung mußte umsomehr Platz greifen, als die Kassenvorsteher wiederholt auf diese Verächtigung Bezug nahmen und ausdrücklich erklärten, daß es ihnen ganz einerlei ist, in welcher Form die Preisermäßigung stattfinden soll, daß ihnen aber die 15 Proz. nicht genügen, und daß sie außerdem eine erhebliche Erweiterung der Handverkaufsliste verlangen. Abgesehen davon, daß es ganz unverständlich wäre, daß eine erregte Stundenlange Debatte stattfindet, um einen unverbindlichen Prozentatz festzustellen, der schließlich den Zweck hat, als Grundlage zu einer statistischen Arbeit zu dienen, haben die Kassenvorsteher ja ausdrücklich betont, daß ihnen dieser Satz, der nur für die Erhebungen in Betracht kommen soll, völlig gleichgültig ist, daß sie aber, bevor sie sich mit solchen Erhebungen einverstanden erklären, mindestens wissen müssen, was die Apotheker den Kassen bewilligen wollen. Und auf eine derartige Anfrage ist denn die strittige Erklärung erfolgt, Herr Marggraf hatte gar keine Berechtigung, zu behaupten, daß ihm die Worte im Munde umgedreht worden wären und es wäre richtiger von ihm gewesen, er hätte zugegeben, daß das Mißverständnis durch seine Schuld entstanden oder daß ihm inzwischen klar geworden ist, daß er zu einer solchen Erklärung von seinen Kollegen nicht autorisiert war.

Aus Industrie und Handel. Die Berliner Handelskammer ist nun der Verwirklichung nahe gerückt, nachdem am Sonnabend die Korporation der Kellereien der Berliner Kaufmannschaft ihre Auflösung beschlossen hat und das Statut für die Handelskammer unter Dach und Fach gebracht ist. Die Renovierung hat sich auf breiterer Grundlage als die bisherige Vertretung der Kellereien der Kaufmannschaft. Diese gaben dem Börsenkapital die Ueberhand, während nun die Einteilung in Börse, Industrie und Handel erfolgt, die Handelskammer also eine umfassendere Interessenvertretung als nur die bisherige des mobilen Kapitals bedeutet. Die Umwandlung ist keine ganz freiwillige und der Groll über die Aufgabe der alten Einrichtung läßt am Sonnabend in der Versammlung der Interessenten noch deutlich noch. Aber es half nichts, die neue Einrichtung war seit einiger Zeit gebieterisch gefordert und der Handelsminister hatte bereits angedeutet, daß die Auflösung erfolge, wenn nicht in Kürze die freiwillige Umwandlung gechehe. Es spielen bei der Umwandlung auch wirtschaftspolitische Fragen eine Rolle. Durch die Handelskammer erwartet man einen größeren, nachgebenderen Einfluß, wenn nicht eine Verschiebung der wirtschaftspolitischen Auffassung im Vergleich zu der alten Korporation. Die Gutachten des Kollegiums der Kellereien der Berliner Kaufmannschaft bewegten sich immer auf dem Boden der uneingeschränkten freien Konkurrenz, sie erklärten sich gegen die Warenhaussteuer, die Umsatzsteuer und alle Beschränkungen

der Börse. Wie bekannt, hat ja die Gesetzgebung in den letzten Jahren mit diesem Eifer sich gerade auf diesem Gebiet versucht. Der Zuzug, den die Handelskammer bekommt, wird nicht immer den gleichen Pfad wandeln, es könnten sich mehr als bisher Reaktionen Kleinbürgerlicher, richtiger Bestrebungen hervortun, die uns aus der Agitation in dieser Kreise hinreichend bekannt sind. Ob diese Strömung sehr stark ist, oder gar die Oberhand gewinnt, hängt von der Regsamkeit der kleinen Geschäftsleute ab, von denen man sich allerdings nicht viel zu versprechen braucht, da sie wenig Eifer und Verständnis für praktische Verbesserungen zeigen. Wenn wir von kleinen Geschäftsleuten sprechen, so ist das nur relativ zu nehmen, denn das Wahlrecht steht nur den in Handelsregister eingetragenen Firmen zu, also nicht den Kleinsten.

Etwas von dem Gegensatz spräche man schon in der Versammlung am Sonnabend in der Nebenabteilung um das allgemeine Wahlrecht. Die Kellereien der Kaufmannschaft hatten in dem von ihnen ausgearbeiteten Statut der Handelskammer sich bemüht, möglichst ihren Einfluß zu wahren. Zu dem Zweck war eine Klasseneinteilung der Wähler vorgenommen, die den Großen die Herrschaft sichern sollte. Die großen Banken können nämlich bei einem gleichen Stimmrecht in der Wahlabteilung der Börse leicht von den kleineren Banken und Maklern überstimmt werden. Dieser gehörten dem Kollegium der Kellereien der Kaufleute auch die Notaristen der Banken an und diese gaben bei dem allgemeinen Stimmrecht in dieser Körperschaft für die Großbanken eine sichere Stütze; das hat nun aufgehört, jetzt haben nur die Firmen Stimmrecht. Und ganz überraschend siegte die Demokratie in der Finanzwelt, die sich am Sonnabend zusammensand. Man sieht, gilt es ihren Interessen, dann findet man auch in diesen Kreisen so radikale politische Grundzüge, daß man seine helle Freude daran haben könnte, wenn die Erkenntnis sich nur verallgemeinern würde, so daß die Besorgnisse Kleinbürgerlicher Einflüsse einzuwirken sich nicht als begründet erwiesen haben.

So sieht sich nunmehr die Handelskammer aus 9 Vertretern der Fondsbörse, 3 Vertretern der Probantenbörse und 24 Vertretern für Industrie und Handel zusammen; das Kollegium der Kellereien der Kaufmannschaft, im Jahre 1920 ins Leben gerufen, tritt vom Schauplatz zurück. Und drängt sich bei Betrachtung dieser Renovierung die Unternehmung wieder die Frage auf: Wann werden die Arbeiter eine gesetzlich anerkannte Interessenvertretung erhalten?

Rundholzfabrikation in Deutschland. Die deutsche Rundholzfabrikation ist, wie von sachkundiger Seite in der Münchener Allg. Ztg. geschildert wird, in seiner Ausdehnung sehr eingeschränkt. Der Handel wird durch die Zoll- und Monopolverhältnisse des Auslandes mehr und mehr auf den inländischen Absatz angewiesen. Während beispielsweise in der Zeit von 1865 bis 1879 die Einfuhr von Rundhölzern aus Deutschland von 1.050.000 Kilogramm auf 4.880.000 Kilogramm jährlich gestiegen ist (allerdings bei einer gleichzeitigen Zunahme der Einfuhr von 720.000 Kilogramm auf 3.430.000 Kilogramm), betrug im Jahre 1895 der Export nur noch 2.058.000 Kilogramm im Werte von 1 Million Mark und im Jahre 1900 2.024.000 Kilogramm im Werte von 850.000 M., wobei Belgien und Holland die Hauptabnehmer waren. In Frankreich, Rußland, Spanien, Portugal, Griechenland, Serbien, Rumänien sind heute entweder Erzeugung oder Verkauf oder beides durch den Staat monopolisiert. Alle diese Länder sind natürlich der deutschen Einfuhr verschlossen. Auch der früher bedeutende Absatz nach Italien hat ganz aufgehört, nachdem dort seit Anfang 1893 die Rundhölzer einer beforderen Abgabe unterliegen. Der Export nach Ostindien erlitt durch die überaus rasche Entwicklung der japanischen Rundholzindustrie einen starken Abbruch; die Konkurrenz Japans wirkt namentlich dadurch besonders schädigend, einmal, weil in Japan außerordentlich geringe Arbeitslöhne bestehen, sodann, weil die japanischen Rundholzfabrikanten die deutschen Marken aufs gewissenloseste imitieren. Im Jahre 1880 hat Deutschland zur Abwehr der fremden, namentlich schwedischen Einfuhr einen Zoll auf ausländische Rundhölzer gelegt, und zwar im Betrage von 8 M. für 100 Kilogramm brutto. Trotz der Geringfügigkeit dieses Satzes verringerte sich die Einfuhr zunächst recht bedeutlich. Schon 1884 wurde der Zoll für Rundhölzer und Rundbohlen auf 10 M. erhöht, was wieder eine erhebliche Einschränkung des Imports zur Folge hatte, der sich 1888 auf 366.900 Kilogramm, 1895 auf 292.500 Kilogramm und 1900 auf 280.000 Kilogramm, in der Hauptsache schwedisches Fabrikat, belief. Seit den 70er Jahren sind die früheren schwedischen Rundhölzer mehr und mehr von den schwedischen Reibhölzern verdrängt worden. Die anfangs sehr starke Einfuhr aus Schweden hat indessen, nachdem inzwischen die deutsche Industrie sich dem Wechsel der Fabrikation zu unterwerfen verstanden hatte, bald eine bedeutende Verminderung erfahren und betrug z. B. im verfloffenen Jahre nur noch 147.900 Kilogramm. Es bestehen zur Zeit im Deutschen Reiche 80 bis 90 Rundholzfabriken, deren Gesamtproduktion auf etwa 25 Millionen Kilogramm jährlich geschätzt wird.

Die Reederei vereinigter Schiffer in Breslau hat nach der Kontostellung eine Aktiva von 1.890.000 M., 607.058 M. Geschäftsschulden gegenüber, außerdem rund 4 Millionen Mark Forderungen, die durch die Verträge des Direktors Schöslitz entstanden. Ueber die Berechtigung dieser Forderungen wird erst eine richterliche Entscheidung gefällt werden müssen.

Das Kalihyndikat ist mit seiner Preisunterbietung zur Dämpfung der anheftend stehenden Werte in Verdrängung geraten. Aufeinander sind nicht alle Werke mit der Preisverdrängung zufrieden, denn die Unterbietung einer Generalversammlung, der der Antrag auf Auflösung der Gesellschaft unterbreitet wird, läßt auf Differenzen innerhalb des Syndikats schließen.

Aus der Frauenbewegung. Eine Kreisversammlung findet heute, Dienstag, abend 8 1/2 Uhr, in Charlottenburg im Lokale des Herrn Bauer, Berlinerstraße 86, statt. In dieser Versammlung werden die Kreis- und die Orts-Vertrauenspersonen Bericht erstatten, worauf die Neuwahlen für diese Ämter vorgenommen werden. Ueberdies wird Herr Dr. C. Freudenberg einen Vortrag darüber halten, welches Interesse die Frauen an den Stadtverordneten-Wahlen haben. In dieser Versammlung werden die Frauen wie auch die Männer des Kreisses recht zahlreich zu erscheinen ersucht.

Die Kreis-Vertrauensperson. Frau Thiel, Tempelhoferpark.

Fabrikinspektion durch Frauen. Im Fürstentum Neuchâtel wurde wohl demnachst auch eine Inspektion des Fabrikinspektors anstellt werden. Bemerkenswert hat, wie aus ein Privattelegramm nieder, die Regierung dem Landtage eine dementsprechende Vorlage unterbreitet.

Eingegangene Druckschriften. Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 4. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Einige Epigramme. — Rückblicke zum Kaiser Maximilian. Von A. Behel. — Die Handelspolitik in Ostreich. Von Viktor Deller. Wien. — Kaiserin Johanna Bergarbeiterin in Deutschland. Von Otto Düch. — Kaiser Friedrichs. Von Wilhelm Schwelb. — Notizen: Die letzten Kaiserinmörder. — Literarische Rundschau: Dr. Paul Wobrich, Im vorderen Rhein. — Brüssel: Dem neuen Jahresfest entgegen. Eine naturwissenschaftliche Umschau von Dr. Friedrich Anauer. (Schluß).

Histoire de la Coopération en Belgique (Geschichte des Genossenschaftswesens in Belgien) von Louis Verhaeghe, Abgeordneter von Brüssel; Verlegt von Emile Vandervelde; jährliche Publikationen. Das Heft 50 Cts. Das ganze Werk soll 20 Hefte umfassen. Herausgeber: Delemme u. Co., Brüssel.



Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

W. M. Sie können als Weitererforscher stehen, müssen aber in je zwei Jahren mindestens 30 Marken liefern, sonst gehen Sie Ihre Rechte verliert.

auf Verstellung der ehelichen Gemeinschaft klagen und können erst, wenn innerhalb eines Jahres nach Rechtskraft des dieserhalb ergehenden Erkenntnisses Ihre Frau nicht zurückkehrt, auf Scheidung klagen.

oder aber die Erziehung des Kindes schließen. 4 und 5. Wenden Sie sich an die Handwerker-Schule, Berlin. - S. M. 101. Bericht eingegangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Ueber den Wolken

Im Hörsaal: „Dynamomaschinen und Motore.“

Invalidenstr. 57/62. Tägt. Sternwarte.

Castans Panopticum. Friedrichstr. 165. Horwarths wunderbare 6 Liliputaner

Thalia-Theater. Dresdenstr. 72. Heute u. folg. Tage: Ein tolles Geschäft.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurterstr. 132.

Der Märchenbrunnen. Große Berliner Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.

Metropol-Theater. Schön war's doch!

Emil Thomas a. G. Joseph Josephi a. D. H. Bender. G. Kaiser.

Saharet! Anfang 8 Uhr. Ranchen überall gestattet.

Theater Schall und Rauch. Unter den Linden 44.

Neues Programm! In Vormundschafftssachen. Ein Gehelms. Don Carlos. Die Weber.

Cirkus Busch. Dienstag, 29. Oktbr., abends 7 1/2 Uhr: Großer Robitäten-Abend.

Herr Maximilian 5 Elefanten. Borzigt. Programm. Zum Schluss: Ho gut Brandenburg allowege.

Cirkus Schumann. Renz-Gebäude. Karlstrasse. Dienstag, 29. Oktober 1901, abends präc. 7 1/2 Uhr.

Wochenenda 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Specialitäten. J. M. Hatt.

Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Louis Kellers Festsäle. Roppenstr. 29. Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger

Familien-Kränzchen. - Bond haben Giltigkeit. - Jeden Mittwoch: Berliner Prater, Kaskaden etc.

Central-Arten- und Unterstühungsverein der Schmiede etc.

Verwaltung Berlin IV. Am 26. Oktober verstarb unser Mitglied

Heinrich Klitscher. Die Beerdigung findet am 29. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause

Der Bevollmächtigte. Otto Hering, Gärlichstr. 44.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Brannes und unfrei Bruders, des Tischlers

Ferdinand Haack sagen wir allen Bekannten und Freunden, insbesondere den Herren Kollegen und dem Gesangsverein

„Kreuzberger Harmonie“ unsern tiefgefühltesten Dank. 1407b

Die trauernden Hinterbliebenen. Danksagung.

Allen Verwandten und Bekannten, welche meiner lieben verstorbenen Frau, unsern guten Mutter Emma Albertine Spies geb. Brontendach die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere den Kollegen der Firma

Ray u. Co. für die schöne Kranzsende sagen hiermit unsern aufrichtigen Dank. 1407b

Die trauernden Hinterbliebenen Ernst Wilhelm Spies und Tochter, Doppelreihe 11, vom 3 Tr.

Sanssouci. Kottbuserstr. 4a. Wiederauftreten von Adolf Hoffmann.

Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag Hoffmanns Norddeutsche Sänger

Passage-Theater.

Drittleizter Tag. Abschiedsvorstellungen von Traudchen

Hundgeburth! Sozo \* Kühne

Hiasl und Franzl. etc. und des glänzenden

Oktober-Programms. 18 erstkl. Nummern.

Casino-Theater.

Rur noch wenige Tage das phänomenale Okt.-Programm mit

Berlin N. - Berlin W. Vom 1. November an

vollständig neues Programm. Anf. mochenl. 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater

(früher Feen-Palast) Burgstr. 22.

Direktion: Winkler u. Fröbel. Rur noch bis Donnerstag

das erfolgreiche Oktober-Programm. 15 Sensations-Nummern.

Die drei Silbersterne. Der Musik-Sport-At.

Lebende Bienen-Photographien. Donnerstag zum letztenmal:

Direktor Wilhelm Fröbel in der erfolgreichen Operette

Weibliche Barbierere. Anfang der Vorstellung Punkt 8 Uhr.

In Vorbereitung: Grossstadtzauber.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. „Bosco“

Meysel. Britton. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Charlottenburg.

F. Kunsimann, Ballstr. 1. Uhren und Goldwaren!

Grossartige Auswahl! Billigste Preise! Reelle Garantie!

Gänsefedern 60 Pf.

pr. Pfd. (geborene zum Waschen). Schlachtfedern, wie sie z. B. Gans

federn, mit allen Dingen N. 1.50, füllreicher Scherfraz N. 2.00,

schöne dänische Waare N. 2.50, 3.00, sehr schone weiße N. 3.50,

russische Dämmen N. 3.50, weiße dänische Dämmen N. 3.00,

schöne Federn N. 1.50, 2.00, 2.50, prima gefüllte N. 3.00,

2.50, Denzold gegen Läuse. Berlin E.

Gustav Lustig, Prinzessstr. 46a. Eber Bettfedernfabrik m. elektr. Drücke. Die Anfertigungsbrosch.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. Wochentags 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Specialitäten. J. M. Hatt.

Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Central-Arten- und Unterstühungsverein der Schmiede etc.

Verwaltung Berlin IV. Am 26. Oktober verstarb unser Mitglied

Heinrich Klitscher. Die Beerdigung findet am 29. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause

Der Bevollmächtigte. Otto Hering, Gärlichstr. 44.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Brannes und unfrei Bruders, des Tischlers

Ferdinand Haack sagen wir allen Bekannten und Freunden, insbesondere den Herren Kollegen und dem Gesangsverein

„Kreuzberger Harmonie“ unsern tiefgefühltesten Dank. 1407b

Die trauernden Hinterbliebenen. Danksagung.

Allen Verwandten und Bekannten, welche meiner lieben verstorbenen Frau, unsern guten Mutter Emma Albertine Spies geb. Brontendach die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere den Kollegen der Firma

Ray u. Co. für die schöne Kranzsende sagen hiermit unsern aufrichtigen Dank. 1407b

Die trauernden Hinterbliebenen Ernst Wilhelm Spies und Tochter, Doppelreihe 11, vom 3 Tr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Wiederauftreten von Adolf Hoffmann.

Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag Hoffmanns Norddeutsche Sänger

Nach jeder Soiree: Tanz. Anfang Sonntags 7 Uhr,

von 5-7 Uhr Konzert. Entree 50 und 75 Pf. Sonntags

Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Sonntags

Beim Eintritt gütig und Tanz frei. Alle anderen Tage

die Sale zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst Vergnügungsort! Täglich: Internationale

Konzerte. Specialität-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.

Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei. Vorzügliche Küche.

Gut gepflegte Biere.

Herm. Arnhold

Alexandrienstrasse 110. Messpalast, 1. Etage im 2. Hof

berufen direkt aus dem Fabrikunsterlager

Private auch Teilzahlung

Rohrreihe

Solonkronen . . . von 21,00 Mk. an

Spezial-Akronen . . . 36,00 . . .

Spren . . . 2,00 . . .

Petroleumgehänge . . . 4,00 . . .

Nis zu den elegantesten Genres. Gaslöcher, Gasdichten, Gasplättchen, Petroleum- u. alte Bronzefronen werden in

Zahl. gen. u. a. Wunsch auch aufbranz.

II. Wahlkreis.

10. Kommunal-Wahlbezirk. Dienstag, den 29. Oktober 1901, abends 8 Uhr, bei Rautenberg.

Wähler-Verammlung. Referent der Kandidat Genosse Fritz Zubeil über: „Die bevorstehenden Kommunalwahlen.“ Diskussion.

9. Kommunal-Wahlbezirk. Mittwoch, 30. Oktober, abds. 8 Uhr, bei Habel, Bergmannstraße Nr. 5/8:

Wähler-Verammlung. Referent der Kandidat Genosse Dr. med. Alfred Bernstein über: „Die bevorstehenden Kommunalwahlen.“ Diskussion.

1. Kommunal-Wahlbezirk. Mittwoch, 30. Oktober, abds. 8 Uhr, bei Zählke, Demowegstraße Nr. 14:

Wähler-Verammlung. Referent der Kandidat Genosse Fritz Zubeil über: „Die bevorstehenden Kommunalwahlen.“ Diskussion.

Achtung! Achtung! Socialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: General-Verammlung im Alten Schützenhause, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes, der Revisoren und Diskussion. 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 3. Partei- und Vereinsmitteilungen. 4. Verschiedenes. 245/10\*

Da es die erste Generalversammlung nach der Reorganisation ist, so erwarten wir vollständiges Erscheinen aller Mitglieder.

Das Protokoll des letzter Parteitages gelangt zur unentgeltlichen Verteilung. Nur Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Konsum-Genossenschaft von Adlershof und Umg.

(G. G. m. b. H.) Mittwoch, den 6. November, abends 8 Uhr, in Scheer's Wilhelm's Garten in Köpenick: 265/7

General-Verammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1901. 2. Bericht des Aufsichtsrats und Bericht über die amtliche Revision. 3. Genehmigung der Bilanz und Entlassung des Vorstandes. 4. Verteilung des Reingewinns. 5. Ergänzungswahlen des Aufsichtsrats und des Vorstandes. 6. Anträge.

Der Vorstand: Paul Baumann, Wilhelm Kohl, August Segeler, Emil Vollmann, Hermann Hildebrandt, Richard Kaul.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin. Morgen, Mittwoch, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Ordentl. Generalversammlung

Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Ergänzungswahl zur Ortsverwaltung. 3. Verhandlungsgegenstände und Beschlüssen. 26/13

Mitgliedsbuch legitimiert. Das vollständige und pünktliche Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig. Die Ortsverwaltung.

Bauhandwerker - Krankenkasse

für Berlin und Umgegend. (Eingeschriebene Hilfskasse No. 118.)

Donnerstag, den 31. Oktober cr., abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Kassierers vom 3. Quartal sowie Revisionsbericht. 2. Bericht der Ortsverwaltung über den Geschäftsbetrieb. 3. Innere Kassenangelegenheiten. 26/11

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlung wird Punkt 8 Uhr eröffnet. Der Vorstand.

Ferner geben wir bekannt, daß die Zahlstelle NO. jetzt nach Kreuzauer Allee 43 bei Hartig verlegt ist. D. O.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter

und Arbeiterinnen Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Mittwoch, den 30. Oktober cr., abends 8 Uhr, bei Raabe, Kolbergerstraße Nr. 23:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Ortsverwaltung und Neuwahl derselben. (III. Quartal.) 2. Bericht des Bibliothekars und Neuwahl desselben. 3. Bericht der Delegierten von der Gautonferenz. 4. Bericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission. 5. Verhandlungsgegenstände und Beschlüssen. 64/16

Um regen Besuch bittet Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Löpfer.

Mittwoch, den 30. Oktober cr., abends 6 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 35:

General-Verammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den bisherigen Verlauf der Fensterfrage. 2. Kassenbericht vom 3. Quartal. 3. Gewerkschaftliches. 198/18

Mitgliedsbuch legitimiert. In der Versammlung gelangt die Broschüre „Bauhandwerkerschutz und Polizeiverordnung“ zur Verteilung. Der Vorstand.

Theater.

Dienstag, 29. Oktober. Cyperhand. Sorjing-Lofus. Der

Widlich über: Die Stimme der Natur. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Florio und Florio. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Cyper-Theater (Kroll). Gschloffen.

Schiller. Hans Gudelein. Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Die Wildente. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Nacht und Morgen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Festung. Die See Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.

Meißens. Sein Doppelgänger. - Vorher: Im Comp. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Das Choig-Weißliche. Anfang 7 1/2 Uhr.

Westen. Garmen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Recessionsbühne. Delleu Dilettants Bunte Breitt. Anfang 8 Uhr.

Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.

Zulsen. Die kleinen Leuten. Anfang 8 Uhr.

Carl Weis. Der Märchenbrunnen. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Vandretter. Anf. 7 1/2 Uhr.

Sekte-Alliance. Die Liebesblume. Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater. Berlin W. - Berlin N. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Specialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.

Myello. Specialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.

Palast. Specialitäten-Vorstellung. Weißliche Barbierere. Anfang 7 1/2 Uhr.

Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.

Passage. Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.

Im Hörsaal: „Dynamomaschinen und Motore.“

Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater). Dienstagabend 8 Uhr: Hans Hückebeln.

Schwan in 3 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg.

Mittwochabend 8 Uhr: Hans Hückebeln.

Donnerstagabend 8 Uhr: Zum erstenmal: Die Braut von Messina.

Central-Theater.

Heute Anfang 7 1/2 Uhr: Zum 775. Male: Die Geisha.

Operette in 3 Akten von S. Jones. Mittwoch: Die Puppe. Einlage: „Die frohe Stille“, gelungen von Mia Bender. Donnerstag: Die Puppe. Freitag: Die Geisha. Sonnabend: Zum erstenmal mit neuer Ausstattung: Der Seekadett. Operette in 3 Akten von Richard Genée. Sonntagnachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: Die Geisha. Abends 7 1/2 Uhr: Der Seekadett.

Apollo-Theater.

Grosse Variété-Vorstellung. Das sensationelle Luftballett Grigolatis. Die vorzüglichen Oktober-Specialitäten. Anfang 8 Uhr. Morgen, Mittwoch, 30. Oktober: Zum erstenmal: König Aqua.

W. Noacks Theater.

Brennenstraße 16. Pension Schöller. Poffe in 3 Akten von Karl Laufs. Heute Tanzkränzchen. Mittwoch: Philippine Welser.



# Berlin IV. Osten.

Dienstag, den 29. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, bei Walter,  
Große Frankfurterstraße Nr. 117:

## Kommunalwähler-Versammlung

für den 22. Wahlbezirk  
die Stadtbezirke 152-156 und 158-159 umfassend.

Tages-Ordnung: 215/1  
1. Der Klassenkampf und die Kommunalwahlen. Ref.: Genosse Dr. R. Friedeberg. 2. Diskussion.  
Die Parteigenossen werden ersucht, für diese Versammlung zu agitieren.

Das Wahlkomitee.

## IV. Wahlkreis (Südost).

Donnerstag, den 31. Oktober 1901, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
bei Graumann, Raunynstraße Nr. 27:

## Oeffentliche Versammlung der Kommunalwähler

des 11. und 12. Kommunalwahl-Bezirks.

Tages-Ordnung: 215/3  
1. Vortrag des Genossen Städtgen. 2. Diskussion.  
Frauen haben Zutritt.

Das Komitee.

## Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, den 29. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr:

## Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung

im Berliner Prater, Kastanien-Allee 7.

Tages-Ordnung: 248/10  
Die Bedeutung der Kommunalwahlen. Referent: Genosse Carl Freudenberg.  
Der Einberufer: Johannes Kaiser.

## Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!

Donnerstag, den 31. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr:

## Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung

im Steinemünder Gesellschaftshaus, Steinemünderstraße 42.

Tages-Ordnung: 220/8  
Die Bedeutung der Kommunalwahlen. Referent: Genosse Singer.  
Der Einberufer: Karl Fahrow.

## Centralverband der Maurer etc.

Zahlfelle Berlin II.

Donnerstag, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Große Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 144/12  
1. Abrechnung vom III. Quartal. 2. Vortrag des Genossen Victor Fränkl über: „Politisches Mittel.“ 3. Verschiedenes.  
Guten Besuch erwartet.

Die Verbandsleitung.

## Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer

Berlins und der Umgegend.

Mittwoch, den 30. Oktober, abends 8 Uhr:

## Mitgliederversammlung

in den „Borussia-Sälen“, Adlerstraße 67.

Tages-Ordnung: 130/9  
1. Vortrag des Genossen Dr. Wollheim über: „Luft und Leben.“ 2. Dis-  
kussion. 3. Verschiedenes.  
Um guten Besuch der Versammlung ersucht.

Der Vorstand.

**Franz Reinfeldt**, Uhrmacher,  
Gr. Frankfurterstr. 105.  
empfeht sein Lager in Uhren und Goldwaren.  
Reparaturen billig unter Garantie. 2801K\*

## Reinhold Werner

Schneidermeister 2617L\*

jetzt nur: Gr. Frankfurterstr. 70, parterre u. I. Etage

## Elegante Anzüge und Paletots

nach Mass von 30 H. an. - Telephon Amt VII. No. 23.  
Elegante Fracks und Gesellschafts-Anzüge werden verfertigt.



## Künstl. Zähne

ohne Entfernung der Wurzel  
Schmerzloses Zahnziehen.  
Plomben sowie sämtliche  
Zahnoperationen schmerzlos.  
Teilzahlung per Woche 1 Mk.



Meine 15jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und  
gewissenhafte Ausführung. 2948G\*

Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

**G**ardinen  
Reinhalten, Seccioné- und  
Zugendbitt, circa 250 Wäcker.  
Katalog (450 Illustr.) franco.  
Beste von 2-6 Fenster unter Preis.  
Emil Lefèvre, Berlin S.,  
Oranienstr. 158.

## Bruch-Pollmann

empfeht sein Lager in Bruchband-  
agen, Leibbinden, Geruchhaltern,  
Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl.  
Artikel zur Krankenpflege.  
Eigene Werkstatt.  
Telephonamt, Ort- u. Hilfs-Krankenkassen  
Berlin C., [2242K]\*

30. Timen-Strasse 30.

# Hermann Meyer & Co.

Amt 7, 3781.

BERLIN O.

Amt 7, 3781.

## Fruchtstrasse 74.

## Billigste Bezugsquelle reeller Spirituosen.

### Tafel-Liqueure A.

	1/4 Fl.	1/2 Fl.
Alpenkräuter	0,75	
Thornor Lebenstropfen	0,80	
Stonsdorfer	0,70	0,40
Berliner Getreidekummel	0,90	
Berliner Doppelkummel	0,60	
Halb und Halb	0,80	0,45
Ingwer, Citronen, Kalmus, Bergamott, Himbeer, Pfeffermünz, Magen- bitter, Pommeranzen, Rosen, Vanille, Star- garder Tropfen, Ingwer- Magenwein, Trakehner Meyers feiner Magen- bitter	1,-	0,55
	0,90	0,50

Die Tafel-Liqueure A. sind die gewöhn-  
lichen in Berlin gangbaren Sorten.

Die billigen Preise sind durchaus nicht auf  
Kosten der Qualität gestellt, vielmehr gehören  
diese Liqueure zu den besten gleichnamigen  
Fabrikaten.

Unser Grossbetrieb und der grosse Absatz  
ermöglichen uns diese günstige Preisstellung.

### Feine Tafel- Liqueure B.

in Originalflaschen. Anisette, Bergamotte, Bitter- und Grün-Pome- ranzen, Curaçao, Vanille, Rosen, Ingwer, Ingwer- Magenwein, Maraschino, Pfeffermünz	1,40	
---	------	--

Tafel-Liqueure B. gehören zu den  
feinsten in Deutschland hergestellten Qualitäten.

Diese Liqueure sind nur in unsren Original-  
flaschen käuflich.

### Hochfeine Tafel-Liqueure C.

Cherry-Brandy	1,65	
Allasch	1,75	
Cordial	1,75	0,95
Goldwasser	1,90	1,00
Eccau 00	2,25	
Cacao à la vanille	2,40	1,25
Crème de Mokka	2,40	1,25
Pommeranzen 00	2,40	
Choriner Cistanjenser grün u. gelb	2,40	1,25
Peppermint grün	2,40	1,25
Kürfürstl. Magenbitter	2,40	1,25
Abricotine	2,90	1,50
Abtey-Liqueur I	2,90	1,65
Abtey-Liqueur II	1,90	1,00
La Mirabelle	2,90	1,50
La Prunelle	2,90	1,50

Wir stehen in der Fabrikation feinsten Liqueure  
nicht im mindesten hinter Frankreich und Hol-  
land zurück; leider herrscht aber das Vorurteil  
noch vielfach, dass alles dasjenige besser sei,  
was aus dem Auslande kommt.

Bei keiner Ware ist dieses Vorurteil so wenig  
berechtigt, wie bei Liqueuren. Unsre aus dem  
feinsten Weinsprit, bester Raffinade und den  
ausgesuchtesten Zusätzen hergestellten Liqueure  
sind in Qualität den renommiertesten aus-  
ländischen gleich und übertreffen viele der-  
selben. Unser Preis ist kaum halb so hoch,  
da Zoll, Fabrikations- und Handelsgewinn bei  
andren deutschen Fabrikaten wesentlich geringer  
sind.

### Boonecamp

Nervus rerum, Gesund- heits-Bitter (gesetzlich geschützt)	1,50	0,80
Kujawiak, arom. Bitter	1,90	1,00
Angostura-Bitter	2,25	1,20

**Bitter-Liqueure.**  
Unser Nervus rerum ist ein aus magen-  
stärkenden, medizinischen Kräutern hergestellter,  
sehr kräftiger Süß-Bitter mit ausgezeichneter  
Wirkung bei Verdauungsstörung.

### Ei-Cognac,

das Beste zur Stärkung,  
stets frisch.  
Nur in feinsten Qualität.  
1 Ltr. 2,40 M., 3/4 Ltr. 1,80 M.,  
1/2 - 1,25 - 1/4 - 0,65 -

Wird von uns nur in frischer bester Qualität  
hergestellt. Besonders für schwache genesende  
Personen zu empfehlen, und auch in Kranken-  
häusern als Stärkungsmittel gebraucht.

### Branntweine.

Nordhäuser	0,50	
Nordhäuser, fein alt	0,60	
Nordhäuser, sehr alt	0,90	
Schl. Weizenkorn, fein alt	0,65	
Schl. Weizenkorn, sehr alt	0,90	
Tafel-Aquavit	0,80	
Steinhäger	1,40	0,75
Slibowitz u. Kirschwasser	1,75	0,95
alt fein	2,25	1,20

An Stelle der teureren Cognacs ist ein alter  
Nordhäuser und Weizenkorn zu empfehlen,  
nicht minder Slibowitz und Kirschwasser.

### Cognac.

Deutsch. Verschnitt-Cognac	0,90	0,50
Original- flaschen von Hermann & Co.	1,40	0,75
♥ - Cognac	2,40	1,25
♥♥ - -	3,40	1,75
♥♥♥ - -	2,-	1,05
Franz. Verschnitt	2,75	1,50
Franz. Cognac	3,00	2,15
Franz. Cognac, hochfein	5,40	2,90

Das oben von den Liqueuren C. Gesagte gilt  
in noch höherem Masse von Cognac. Wenn die  
Flaschen nur ein französisches Etikett und noch  
irgend eine mehr oder weniger bekannte fran-  
zösische Firma tragen, wird ein ganz ausser-  
gewöhnlicher Preis bezahlt. Unsre Cognac-  
Fabrikation ist aber in Deutschland auf solcher  
Höhe, dass die an Frankreich gezahlten Millionen  
für diesen Artikel einen Nationalverlust dar-  
stellen. Unsre deutschen Original-Cognacs  
halten jede Konkurrenz mit dem viel teureren  
französischen aus. Auch die von uns geführten  
franz. Cognacs sind bei gleicher Qualität wesent-  
lich billiger als die andrer französischer Firmen,  
welche sich lediglich ihren durch Reklame be-  
kannt gewordenen Namen bezahlen lassen.

### Rum und Arac.

Verschnitt	0,90	0,50
fein	1,25	0,70
hochfein	1,75	0,95
Original	2,50 bis	4,40

Wir beziehen nur feine, ausgesuchte Sorten in  
Rum und Arac und stellen die Qualität nach dem  
Preise, welcher jedoch sehr billig kalkuliert ist.

### Punsch-Extrakte.

Glahwein	1,-	0,55
Arac-Punsch	1,25	0,70
Grogk-Punsch	1,25	0,70
Rum-Punsch	1,25	0,70
Rotwein-Punsch	1,25	0,70
Schlummer-Punsch	1,25	0,70
Feinere Qualitäten	1,75	0,95
Ananas-Punsch	2,25	1,15
Burgunder-Punsch	2,25	1,15

Sind rein und zweckentsprechend fabriziert.  
Die teureren Sorten sind erste, unerreichte  
Fabrikate.

Zu gleichen Preisen auch in unsren 250 Niederlagen erhältlich.  
Alles excl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird. Nach  
auswärts gegen Nachnahme. Nicht Zufriedenstellendes wird zurückgenommen.  
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

## Carl Bogen's Trauermagazin

Brunnenstr. 16 BERLIN N. Brunnenstr. 16.

Trauerkleid, reine Woll	13,00 Mk. an	Hüte	1,50 Mk. an
Bluse	3,50 Mk. "	Damenjackets	5,00 Mk. "
Kostümrock	3,00 Mk. "	Capes	3,00 Mk. "

Schwarze Kleiderstoffe 50 Pf. an.

Sämtliche hierzu gehörigen Artikel sind bis zu den feinsten Qualitäten vorrätig. (2619L)\*  
Ferner offeriere mein reichhaltiges Lager in fertigen Kleidern, Blusen und  
Konfektion für Damen u. Kinder zu noch nie dagewesenen billigen Preisen.  
Bitte die Auslagen in meinen Schaufenstern zu beachten.



Honig! Garant. unversäuligt. ... Nordloh. Oldenburg.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware. Albrecht's Backwaren.

Bühne 2 M. 10 Jahre Garantie. Herren-Muzige.

Dr. Schönemann, Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden.

Dr. med. Schaper, homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden.

S. Ziehung 4. Klasse 205. Kgl. Preuss. Lotterie. ... 1 63 105 67 76 202 345 94 721 1022 161 337

117022 39 385 503 4 38 51 73 (30000) 671 723 15000 ... 120101 209 303 5 28 478 707 57 78 841 121000

S. Ziehung 4. Klasse 205. Kgl. Preuss. Lotterie. ... 8 41 125 215 433 65 08 568 624 801 826 1011

058 114011 195 454 601 755 811 55 066 80 87 115105 ... 120101 209 303 5 28 478 707 57 78 841 121000

Verkäufe. Kolonialwaren, Glanzfranz, Obst, Wein, ... Kleiner Klempner umständlicher billig zu verkaufen.

Kleine Anzeigen. Nähmaschinen, preiswerte Bezugsgewand, ... Nähmaschinen, preiswerte Bezugsgewand, ...

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Zimmer, ... Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Zimmer, ...

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition ...



**Berliner Partei-Angelegenheiten.**

**Fünfter Wahlkreis!** Sonntag, den 3. Novbr., früh 7 1/2 Uhr, findet die Verbreitung eines Wahl-Flugblattes im 22. und 41. Wahlbezirk statt. Die Genossen der I., II. und III. Abteilung werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich im Lokal von Buske, Grenadierstr. 33, zu erscheinen; die Genossen der IV. und V. Abteilung wollen bei D. P. Kösterstr. 58, anwesend sein. Alle Genossen, welche sich an den Arbeiten am Wahltag (6. November) beteiligen wollen, werden ersucht, sich beim Genossen Reul, Barnimstr. 42, zu melden. Das Komitee.

**Der Wahlverein von Johannisthal** hält seine Mitgliederversammlung heute, Dienstag, im Lokale von Schübeler-Veranstaltung.

**Rixdorf.** Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Thomas, Hermannstr. 48-50, eine Parteiverammlung statt mit der Tagesordnung: Bericht vom Parteitag; Referent: Genosse Schubert-Schöneberg.

**Nieder-Schöneweide.** Der Wahlverein hält am Mittwochabend 8 Uhr eine außerordentliche Generalversammlung bei Franz, Geinauerstr. 5, ab. Genosse Lissin hält einen Vortrag, außerdem steht Neuwahl der Vorstandschaft auf der Tagesordnung.

**Takales.**

**Der Kampf um die Stadtverordneten-Mandate**

Ist auf der ganzen Linie entbrannt. Eifrig sind unsere Parteigenossen an der Arbeit, um die Wählermassen aufzurütteln, die Säumnigen an ihre Pflicht zu erinnern. Mehr als je tritt die Pflicht an die Wähler heran, den „freisinnigen“ Mannesfeinden, die es so schlecht verstanden haben, das Recht der Selbstverwaltung zu verteidigen, den Laufpaß zu geben.

Mit jedem Tage zeigt es sich deutlicher, daß allein die sozialdemokratischen Stadtverordneten es sind, die nicht nur für die Erhaltung des sogenannten Rechts der kommunalen Selbstverwaltung eintreten, sondern für den weiteren Ausbau desselben energisch kämpfen. Ja, erklärt auch die Selbstverwaltung in Wirklichkeit erst werden, denn was uns heute unter diesem Namen geboten wird, hat mit der wahren Selbstverwaltung der Kommune nichts gemein.

Rutlos sind unsere „freisinnigen“ Stadtväter überall, wo es gilt für die Selbstverwaltung eine Lauge einzulegen, zuzuschmeicheln. Durch die ewige Liebedienerei und das fortwährende Schielen nach oben haben sie jede Fühlung mit den Wählermassen verloren. Sie haben kein Verständnis für die Interessen der Bürgerschaft, die doch größtenteils aus der werktätigen Bevölkerung besteht. Höfliche Günstbezugungen gelten ihnen mehr als der Wille ihrer Mandatgeber. An letztere erinnern sie sich meist nur dann, wenn ihr Mandat dem Geschiehen nahe ist; wenn sie die Stimmen der Wähler brauchen, um auf neue sechs Jahre lang in der bisherigen Weise fortzuwirken zu können.

Ruhig nahmen sie Demütigung auf Demütigung hin. Vom Friedhofsportal im Friedrichshain bis zum Märchenbrunnen, von der „Parteizelle“ Kirchensdamm bis zur Nichtbestätigung Kaufmanns, von der Schloßterrasse bis zur Nichtgenehmigung der Ueberführung der Straßenbahn über die Straße hinter den Linden, an all diesen Leidensstationen, denen noch weitere folgen dürften, sind unsere Stadtweilen vorübergepilgert, reu- und demütig, wie es zerklüfteten Sünden geziemt.

Wohl mag mancher von ihnen die Faust in der Tasche halten, auf diese Weise sein Mißbehagen ausdrückend. Zu energischem Handeln aber, zur Abwehr aller, die Interessen der Stadtgemeinde, der Einwohner Berlins schädigenden Maßnahmen seitens „höherer Instanzen“, dazu fehlt ihnen der Mut.

„Die böse Zeit der Wahl, ach wäre sie nur erst vorüber!“ — Dieser Stoßseufzer entringt sich der Brust so mancher Stadtvaters, der jetzt seinen Wählern Bericht über seine bisherige „Tätigkeit“ oder Thätlosigkeit erstatten soll. Sechs Jahre lang hat er vor den Wählern Ruhe gehabt, jetzt soll er ihnen Rede und Antwort stehen, den Wählern Rechenschaft ablegen, ob und wie er deren Interessen im roten Hause vertreten hat. Freilich hat sich ein Teil der bisherigen „Vertreter“ der dritten Wählerabteilung dieser Pflicht, seinen Wählern über seine Handlungen und Unterlassungen Bericht zu erstatten, dadurch entzogen, daß er sich in den sicheren Hafen der zweiten Wählerabteilung flüchtete. Sie fürchteten den Sturm, dem ihr schwaches Schiffelein nicht widerstehen würde und suchten Schutz vor dem Sturm im sicheren Port der privilegierten Wähler, die es mit den Interessen der großen Mehrzahl der Einwohner Berlins, der werktätigen Bevölkerung, nicht so genau nehmen, weil ihnen ihre Sonderinteressen über die Interessen der Allgemeinheit gehen.

Run wohlan, Wähler der dritten Abteilung, seht Euch die Kandidaten, deren Wahl Euch diesmal empfohlen wird, genau an. Laßt Euch nicht durch schöne Worte betören, durch inhaltslose Versprechungen, die zu nichts verpflichten, die vergessen werden, sobald man das Mandat erst in der Tasche hat. Grinsten Wille, allen vollen, energisch entgegenzutreten, manhaftes Eintreten für die Interessen der Bürgerschaft, auch wenn diese mit den Wünschen hoher und höchstgestellter Kreise oder Personen kollidieren, das sind Eigenschaften, die Ihr von Euren Vertretern im roten Hause fordern müßt. Unterlaßt Ihr dies, so macht Ihr Euch zu Mitschuldigen und habt dann kein Recht, Euch über schlechte Vertretung Eurer Interessen zu beklagen.

Schädet die Vertretung der dritten Abteilung von allen zweifelhaften Elementen. Sorgt dafür, daß die sozialdemokratische Fraktion neugekräftet im neuen Jahre in das Berliner Rathaus einzieht, denn nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben seit 1894, in welchem Jahre sie zuerst in das rote Haus einzogen, gezeigt, daß sie es jederzeit ernst nehmen mit der Vertretung ihrer Mandatgeber, mit der Vertretung der werktätigen Bevölkerung Berlins.

**Arbeiterkonzert.**

Wer wissen will, was das Gewerkschaftshaus für die Berliner Arbeiterschaft bedeutet, der gehe an einem Sonntagabend dorthin. Des Lebens härtesten Kampf schaut er in der Herberge, wo denen, die durch Arbeitslosigkeit auf die Landstraße geworfen sind, für einige lange Stunden Ruhe und Bequemlichkeit geboten ist. Mannigfach gliedern sich auch im Proletariat die Abstufungen und so kontrastiert merklich mit dem Leben in der Herbergsstube das harte Gewimmel derer, die, oft von Weib und Kind umgeben, im Restaurant den Nachmittag, den Abend anregend verplaudern. Das „R“ gewiß nur eine „Witze“ der Arbeiterschaft. Denn heute, wo das Bespenst der Not lauter denn seit langem an die Thüre pocht, bedarf die Frage, ob man sich nach sechs Tagen schwerer Arbeit ein Gläschen Bier gönnen soll, oft sehr genauer Erwägung. Aber weiter. Auch mit einer geistigen Auslese haben wir es am Sonntagabend im Gewerkschaftshaus zu thun. Oben, im geräumigen,

heute noch ziemlich schmucklosen Saal drängt sich Kopf an Kopf ein Publikum, dem auf den ersten Blick anzusehen ist, daß es gleichfalls zur Arbeiterschaft gehört. Alle Plätze sind bereits besetzt und doch kommen immer noch neue Gäste, für die mit Mühe und Not Stühle herbeigebracht werden. Vielleicht hätte die doppelte Zahl der Besucher sich eingefunden, wenn der Raum ausreichend gewesen wäre. Die Männer und Frauen sind erschienen, um — Kammermusik zu hören und außerdem noch um Deutschlands jüngste Dichtung auf sich einwirken zu lassen. Die Arbeiter-Bildungsschule hat einen Unterhaltungsabend veranstaltet, einen „Lilienron- und Falke-Abend“, wie die von ihr gewählte, nicht ganz genaue Bezeichnung lautet. Eingeleitet wird die Unterhaltung mit dem Vortrag eines schumannschen Konzertsstückes, das von dem Waldemar Meyer-Quartett vorzüglich gespielt wird. Dann folgt Herr Dr. Rudolf Steiner in gewandtem, übersichtlich gruppiertem Vortrage die Entwicklung der deutschen Lyrik seit Goethes Tagen, schildert die Marzipanpoesie der Geibel und Baumbach und daraus die neue, aus den Leiden und karglichen Freuden des Volkes geborene Dichtung, deren Töne wir seit der Mitte der achtziger Jahre vernehmen. Im Vortrage, wie in den Recitationen und Gesangsstücken, die von Herrn und Frau Roest vortrefflich zur Geltung gebracht werden, erhalten wir sodann ein geschicht entworfenes Bild vom Wesen der beiden Dichter, denen zu Ehren der Abend veranstaltet ist. Mit Spannung lauscht die Zuhörerschaft sowohl diesen Vorträgen, wie den stimmungsvoll aneinandergereihten Musikstücken, die namentlich Schumann und Schubert entnommen sind.

Häufig Pfennig betrug der Eintrittspreis einschließlich Garderobe und Programm. Das ist wenig, herzlich wenig für die Fälle des Gebotenen und doch recht viel, wenn man den Arbeitsverdienst eines Familienvaters in Betracht zieht. Und was will scheinen, daß die Proletarier, die hier Lilienron und Schubert zu Ehren versammelt waren, sich nicht vor jenen bürgerlichen Konzertbesuchern zu schämen brauchen, bei denen der freilichsten-Mutus zur spottgewöhnten Einrichtung geworden ist. Wer in jenen Kreisen demnach zu erkennen, was für ein Stück geistiger Spannkraft dazu gehört, nach sechs Tagen sorgenvollen Müdens an Habelbank und Schraubstock sich zum Genuß eines Kammermusik-Programms zu rufen? Wenn die Interessenten der heutigen Ordnung anders nicht gegen eine sozialistische Ordnung der Dinge ins Feld führen können, dann kommen sie auf das Bananenfium zu sprechen, das sich unter der ungeschickten Demokratie breit machen werde. Nun ist dank den jammervollen Zuständen im Volksschulwesen des bürgerlichen Staates und nicht minder dank der sozialen Notlage, in der das Volk gesittetlich erhalten werden soll, gewiß noch außerordentlich viel zu thun, bis das Proletariat sich zum Genuß der höchsten geistigen Güter unserer Nation vorbereitet hat. Aber ganz gering soll man es doch nicht einschätzen, daß die Volkschichten, die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts kaum andre Freuden kannten als etwa die im Schnapsdunst der Jungsitten gebotenen, sich unter dem erzieherischen Wirken der Sozialdemokratie heute zum Genießen eines Abends wie den von der Arbeiter-Bildungsschule veranstalteten befähigt fühlen. Wer diese Entwicklung überblickt, der braucht sich auch um das künstlerische Verständnis im Zukunftstaat keine allzugrämlichen Sorgen zu machen.

**Schulenüberfluß in der Tempelhofer Vorstadt?** Aus den Gemeindefchulen der Tempelhofer Vorstadt meldet die „Voss. Ztg.“, daß hier seit Michaelis drei Klassenzimmer leer stehen — je ein Zimmer in der 116. Gemeindefchule (Hagelberger Straße) sowie in der 131. und 109. Gemeindefchule (beide am Tempelhofer Meer) — nachdem die betreffenden Klassen wegen Mangel an Schülern eingegangen sind. Das ist ja ein sehr glücklicher Zufall! Gerade in diesem Stadteil werden nämlich in der nächsten Zeit Klassenzimmer gebraucht. Bekanntlich wird das Friedrich-Realgymnasium aus der Albrecht-Straße nach der Tempelhofer Vorstadt verlegt und zwar nach vor Errichtung eines eigenen Schulhauses in diesem Stadteil. Die unterste Vorausklasse ist (wie wir mitgeteilt haben) bereits zu Michaelis in dem Hause der 48. Gemeindefchule in der Wartenburgstraße eröffnet worden, und die anderen Klassen werden allmählich nachfolgen. Da in der Wartenburgstraße kein Klassenzimmer leer stand, so ist auch hier eine Klasse aufgelöst und die Kinder sind anderweitig untergebracht worden. Dasselbe Schicksal steht noch anderen Klassen dieser Gemeindefchule und möglicherweise der ganzen Anstalt bevor. Da ist es in der That ein wahres Glück, daß in den benachbarten Schulen Räume frei geworden sind, die man im nächsten Jahre zur Unterbringung der aus der 48. Gemeindefchule auszuwandernden Kinder verwenden kann. Etwas auffällig ist es allerdings, daß der Mangel an Schülern sich gerade jetzt in dieser Stadtgegend eingestellt hat. Die Frequenz der betreffenden Schulen ist zwar schon seit einigen Jahren zurückgegangen, aber der Rückgang war doch nicht so stark, daß man sich gleich auf die Eingliederung mehrerer Klassen hätte gefaßt machen müßte. Hat vielleicht die Schulverwaltung ein bißchen Vorsehung gespürt und den Gang der natürlichen Entwicklung beschleunigt, indem sie ihre Organe anwies, schon jetzt bei den Ein- bzw. Umschulungen auf das Platzbedürfnis der nach der Tempelhofer Vorstadt zu verlegenden höheren Lehranstalt Rücksicht zu nehmen?

**Der Berliner Fleischverbrauch** wird von der Verwaltung des städtischen Vieh- und Schlachthofes für das Jahr 1900/01 auf 108 874 778 kg berechnet, nämlich 1 583 110 kg Rindfleisch, 76 478 850 kg Schweinefleisch, 12 118 640 kg Kalbfleisch, 9 564 570 kg Schaffleisch, 2 412 000 kg Pferdefleisch, 6 518 078 kg „Aran“ (Häpfe, Lungen, Lebern usw.), 8 200 000 kg von auswärtig in Paketen eingeführtes Fleisch, Speck, Wurst usw. Für das vorhergehende Jahr hatte die Verwaltung einen Fleischverbrauch von 166 879 972 kg ergeben. Im letzten Jahre ist der Verbrauch um 7 1/2 Proz., die Bevölkerungszahl Berlins dagegen nur um 2 1/2 Proz. gestiegen. An dem Fleischverbrauch ist aber nicht nur Berlin, sondern auch ein großer Teil der Vorortbevölkerung beteiligt. Die Verwaltung glaubt, die im letzten Jahre eingetretene beträchtliche Steigerung des Verbrauches sei hauptsächlich zurückzuführen auf das rasche Anwachsen der Vororte.

**Sechserstopp und Bierzettel.** Mit diesen Namen belegt der Volkmund die von größeren Brauereien in verschiedenen Gegenden Berlins unterhaltenen Filialen. Die Inhaber sind von der Brauerei eingeleitet. Sie haben eine mehr oder minder große Kaution zu leisten, außerdem ist ihnen die Pflicht auferlegt, außer Bier auch alle andern Genußmittel, wie Spirituosen, Cigarren usw. von der Brauerei zu beziehen. Zuweilenhandlungen können durch Entlassung geahndet werden. Die hiesigen persönlichen Anwesenheit der Filialisten ist unbedingt erforderlich. Die Entschädigung für die Dienstleistung ist verschieden. Die Altien-Brauerei Germania entscheidet ihre Verwalter mit monatlich 30 bis 50 M., sodann gibt es 8 Proz. des Umsatzes. Zur Berechnung dieses Umsatzes wird nun bei den Filialen bezogene Inhalt zu Grunde gelegt. Nur soll aber, wie uns von beteiligter Seite mitgeteilt wird, noch bis vor ganz kurzer Zeit der angegebene Inhalt der Fässer mit dem wirklichen Inhalt fast nie übereinstimmend haben. Einige Filialisten haben diese Tatsache durch Nachgöllen der Fässer festgestellt. Die Differenz betrug von 0,7 bis zu 2 Litern. Gegenwärtig soll ja durch Nachgöllen der Fässer seitens der Brauerei dieser Zustand beseitigt sein. Ein einziger

Filialist beziffert den ihm durch unrichtigen Inhalt der Fässer erwachsenen Schaden auf jährlich 100 M. Nicht man in Betracht, daß gegen 70 Filialen der Brauerei bestehen, so kommt die erhebliche Summe von 7000 M. jährlich heraus. Ein ganz einfaches, praktisches Mittel, hohe Dividenden und hohe Direktorengelöhler herauszuwickeln.

**Eine neue Holzlieferung für Droschkenfahrer,** welche den Fuhrverkehr auf den hiesigen Bahnhöfen regeln und am 1. Oktober er. in Kraft getreten ist, verursacht nicht nur in den Kreisen der Droschkenfahrer, sondern auch beim fahrenden Publikum vielfache Klagen. Durch jene Verordnung werden die Holzlieferanten, die auf den Bahnhöfen die Blechmarken für die Droschken ausgeben, angewiesen, vom 1. Oktober bis 1. April nur Marken für nicht ausdrücklich einen offenen Wagen verlangt. Letzteres wird nur aber meistens von den Fahrgästen, namentlich von Fremden, in der Eile übersehen, woraus dann unliebsame Auseinandersetzungen zwischen dem Kutscher und Fahrgaste, der bei schönem Wetter das Berliner Strohhut genossen will, entstehen. Diesem Uebelstande kann nach Ansicht der Droschkenfahrer zum Teil wohl dadurch abgeholfen werden, daß die Holzlieferanten den Fahrgast bei Verabfolgung der Marke fragen, ob ein offener oder verdeckter Wagen gewünscht wird. Auch könnte das Publikum durch große Plakate auf den Bahnhöfen auf die neue Holzverordnung hingewiesen werden. Bei dieser Gelegenheit sei auch ein weitverbreiteter Irrtum richtig gestellt. Vielfach wird angenommen, daß der Kutscher berechtigt sei, für das Auf- und Zubauen einer Droschke eine Gebühr von 25 Pfennig zu beanspruchen. Es trifft das aber lediglich auf die Droschken 2. Klasse, nicht aber auf diejenigen 1. Klasse zu.

**Die Abgaben vom Grundbesitz der Stadt Berlin,** die für die außerhalb des Reichsbahns liegenden Grundstücke und Ländereien zu zahlen sind, belaufen sich im Jahre 1900/01 auf 152 679,99 M., um 20 651,02 M. mehr als im vorhergehenden Jahre. Davon kamen auf Grundsteuer 81 231,91 M., auf Grundversteuern 50 578,01 M., der Rest auf Kreissteuern, Antzsteuer usw. Die höchsten Steuerbeträge mußte Berlin in folgenden Bezirksamteilungen zahlen: in Tegel 31 908,40 M., in Schmögen 20 177,50 M., in Woggen-Rummelsdorf 24 184,39 M., in Friedrichshagen 23 685,74 M., in Charlottenburg 22 510,01 M. usw. Gegen zu hohe Steuererhebung wurde auch im letzten Jahre wieder mehrfach Einspruch erhoben, in Treptow, Rummelsdorf, Wilmersdorf usw. In einigen Fällen wurde eine Herabsetzung erzielt. Gegen Treptow und Rummelsdorf ist wiederum wie im vorhergehenden Jahre Klage erhoben worden, deren Entscheidung noch aussteht.

**Die ersten Schneeflocken** fielen gestern morgen in Berlin von 7 bis 7 1/2 Uhr, am meisten im Südosten der Stadt. Die Temperatur betrug hier + 1 Grad Celsius; vor den Thoren war das Quecksilber auf 2 Grad unter Null gesunken und es hatten sich auf den Höhen leichte Eiskügel gebildet. In der Potsdamer Gegend herrschte, mit Ausnahme der Zeit von 2 bis 3 1/2 Uhr nachmittags, am ganzen Sonntag starker Nebel. In Berlin machte sich ein solcher erst nachmittags um 6 Uhr bemerkbar und hielt dann, verbunden mit empfindlicher Kälte, bis Montag an. Montagmorgen 8 Uhr ward er so stark, daß er vielfach Verkehrsstörungen veranlaßte. Viele Schiffer gingen, um Unfälle zu vermeiden, vor Anker.

**Geisteskrank?** Am 31. Juli d. J. spielte sich in dem Hause Jossenerstr. 1 ein Auffehen ereignender Vorfall ab. Der 53 Jahre alte Kaufmann Edgar Anrecht, der früher für eine auswärtige Parfümerie- und Seifenhandlung tätig gewesen war und es durch Fleiß und Strebamkeit zu Wohlstand gebracht hatte, schloß seine Frau, von der er getrennt lebte, in der Wohnung nieder und ließ dann zur Kriminalpolizei, der er sich selbst stellte. Daß er seine Frau getroffen habe, erklärte er hierbei, sei sicher, ob sie aber tot sei, wisse er nicht. Die Revierpolizei stellte unterdessen schon fest, daß Frau Anrecht in der That bereits verstorben war; ein Schuß in den Hals hatte sie getötet. Der Mann wurde daher in Haft genommen und nach den notwendigen Vorkehrungen in das Untersuchungsgefängnis gebracht. Der Vorgang selbst ist nicht mit voller Bestimmtheit im einzelnen festgesetzt, da er keine Zeugen hatte. Man weiß daher auch nicht genau, ob der Tötung der Frau ein Streit zwischen den Eheleuten vorausgegangen war. Die Ermittlungen über die fördernde Dinge zu Tage, die an der Zurechnungsfähigkeit Anrechts zweifeln lassen. U. a. hatte Anrecht in demselben Hause, in dem seine Frau mit den Töchtern wohnte, mit einer Geliebten und seinem Sohn Wohnung genommen. Wie schon vorher, so zeigte der Mann auch nach der That während der ganzen Untersuchungszeit ein höchst aufgereagtes Wesen. Um über seine geistige Gesundheit ins Klare zu kommen, brachte man ihn daher gestern zur Beobachtung nach der neuen Charité.

**Die angekündigte Sonntagsnachmittags-Vorstellung,** welche Frau Linn gesteuert den Berliner Publikum zum besten gab, hat die zahlreichen Zuschauer nur wenig befriedigt, da das eigentliche Schauspiel nur hinter den Kulissen abspielte. Der Mond ging erst 4 3/8 Uhr, nachdem der größte Teil der Verfinsternung vorüber war, auf und stand zunächst so tief, daß in den Straßen der Stadt von ihm überhaupt nichts zu sehen war. Diejenigen Naturfreunde, welche nach freigelegenen Stellen gepilgert waren, vermochten auch nur noch ein Zehntel der Verfinsternung wahrzunehmen. Der charakteristische Halbglanz, der eine Ecke des Mondes bedeckte, war jedoch auch nur kurze Zeit zu beobachten, denn bereits 5 1/2 Uhr hatte die Mondscheibe vollständig den Schatten verlassen.

**Ausstellungsschwandel.** In London (S. W. 214, 216 Orizon Str., New Park Road) findet, wie der Vorstand des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller berichtet, nach Prospekt, die auch in Deutschland verbreitet werden, während des ganzen laufenden Jahres eine sogenannte International Exhibition of Trade, Industry and Fine Arts statt. Diese Ausstellung ist, wie es im Prospekt heißt, organisiert „under the patronage of the Founders Committee of the International Museum“. Auf Grund der Ankündigungen, in denen Medaillen, Diplome u. dgl. versprochen werden, sind die einschlägigen deutschen Stellen mehrfach nach dem Wert, den diese Prämierungen beizugehen, angefragt worden. Auch sind die Prämierungen verschiedentlich in Deutschland bei öffentlichen Anzeigen und anderweitig verwendet worden. Der Vorstand des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller ist in der Lage und bereit, über diese Ausstellung Interessenten eingehende, jedoch nur mündliche und persönliche Auskunft auf dem Vereinsbureau, Krausenstr. 35, werktäglich vormittags zu erteilen.

**Der Briefträger Friedrich Wegner,** zuletzt beim Postamt 34 (Petersburgerstraße) im Dienst, ist nach Unterschlagung von 31 Einsparbriefen seit letztem Donnerstag früh flüchtig. Ueber die Richtung der Flucht fehlt noch jede Spur. Auf die Ergreifung des Flüchtigen und die Wiederherbeischaffung der Briefe hat die kaiserliche Oberpostdirektion Berlin eine Besoldung von 100 M. ausgesetzt.

**Von Strochen überfallen** und durch Messerhiebe schwer verwundet wurde in der vergangenen Nacht um 4 Uhr an der Ecke der Bringen-Allee und der Wobblitzer Str. 21 Jahre alte Schlosser Mag Schlemm aus der Liebenwalder Str. 39, als er mit einem Freunde, Namens Gerling, aus der Residenzstr. 112 zu Reichendorf des Weges kam. 15 Stroche ritten die beiden jungen Männer an und fielen besonders über Schlemm her, während sich Gerling nach Hilfe umsah. Der Mißhandelte blieb schließlich blutüberströmt am Boden liegen und mußte durch die Unfallstation in der Wobblitzer Str. nach der Charité gebracht werden. Er hatte am ganzen Körper 10 Messerhiebe erhalten.

**Vor den Augen seiner Geliebten** sich zu erschicken, versuchte vorgestern abend der 19 Jahre alte Metallarbeiter Otto Arnul



aus der Emdenerstraße, der seit einem Jahre mit einer Luise S. aus der Krennstraße ein Verhältnis unterhält, mit dem die Eltern des Mädchens nicht einverstanden waren. Vorgestern nachmittag holte er seine Geliebte ab, geriet aber auf dem Spaziergang bald mit ihr in Streit. Abends hat er sie im „Deutschen Kaiser“ am Spandauer Schiffsbrückenwall zu einer Aussprache in einen Nebentraum und schloß sich, als es dabei wieder zu einem Wortwechsel kam, vor ihren Augen zwei Augen in die rechte Schläfe. Schwerverletzt wurde der ungestüme Liebhaber in ein Krankenhaus gebracht.

**Die Poliklinik für Hautkrankheiten** der königlichen Charité findet in diesem Winter unter der Leitung des Herrn Geheimrat Schwanninger und des Oberarztes Dr. Leiwandowski am Montag, Mittwoch, Freitag von 1—2 statt. Inubermittelt erhalten freie Arznet.

**Orgelkonzert.** In der Marienkirche findet Mittwoch, den 30. Oktober, mittags 12 Uhr, ein Vortrag Bachscher Orgel-, Gelangs- und Violin-Kompositionen statt durch Herrn Musikdirektor Otto Dienst, Fräulein Helene Schroeder, Fräulein Teresina Wäcker, Herrn Arthur Barth, Herrn Konzertmeister Leopold Hartmann und Herrn Robert Schwiesselmann. Der Eintritt ist frei.

### Aus den Nachbarorten.

**Die Vichtenberger Korruptionsaffäre** entwickelt sich immer interessanter. In der am Orte erscheinenden „Volkzeitung“ hat der der Beschuldigung beschuldigte Agent Berger eine Erklärung erlassen, in der es u. a. heißt: „Ich habe dem Herrn Rindermann ausdrücklich erklärt, daß ich ihn keineswegs in seiner Stellung zur Umgemeindungsfrage zu beeinflussen beabsichtige und zu diesem Zwecke kein Geldangebot gemacht. Ich erkläre ferner hiermit öffentlich, daß ich nicht als Agent der fürstlichen Verwaltung tätig gewesen bin, auch nicht durch dieselbe, noch deren Vertreter oder Agenten, noch sonst irgend jemand veranlaßt oder beauftragt worden bin, Herren der Gemeindevertretung Geldangebote für deren Haltung in der Umgemeindungsfrage zu machen. Ich habe schließlich noch zu erklären, daß ich weder direkt noch indirekt Herrn Grauer irgendwelche Geldofferte gemacht habe, noch habe machen lassen, auch sind mir die Herren, welche dem Herrn Grauer nach dessen Aussage derartige Angebote gemacht haben, vollständig unbekannt.“

Bemerkenswert sei, daß das Lokalblatt in dieser Angelegenheit weit weniger gegen die Agenten als gegen die Sozialdemokraten zu Felde gezogen ist, die die schmachvolle Angelegenheit aufgedeckt haben. Unser Parteigenosse Grauer erklärt nun auf diese und ähnliche Anzuspinnungen ein für allemal folgendes:

Der Sachverhalt, wie dieser von mir in der Sitzung der Zwölferkommission am 7. Oktober sowie der Sitzung der Gemeindevertretung am 10. Oktober vorgetragen, in der Volksversammlung vom 22. Oktober wiederholt und in den Nummern 288 bezw. 289 und 249 des „Vorwärts“ den Tatsachen entsprechend berichtet wurde, hat sich so zugetragen, wie ausgeführt. Für jedes meiner dort geäußerten Worte übernehme ich die volle Verantwortung.

Desgleichen hat Herr Rindermann in der Vichtenberger Volkszeitung vom Montagabend folgende Erklärung erlassen:

In der Erwiderung des Herrn Berger vermissen ich folgende blühende Erklärungen: a) daß Herr Berger nicht durch die fürstliche Verwaltung oder deren Vertreter oder Agenten oder sonst irgend jemand veranlaßt oder beauftragt worden sei, im Interesse des Fürsten Hendl von Domersmard tätig zu sein; b) daß Herr Berger mir kein Geldangebot gemacht habe. Diese beiden Punkte giebt Herr Berger in seiner Erklärung also mindestens bereits zu. Um dem Gedächtnis des Herrn Berger aufzuhelfen, gebe ich folgende genaue Darstellung des Vorfalls und bin jederzeit bereit, dieselbe vor Gericht zu beschwören. Nachdem Herr Berger, wie unten geschildert, mit mir als Gemeindevertreter wegen der Ausgemeindung des Hendlischen Terrains verhandelt hatte, bin ich auf Aufforderung von Herrn Berger am Dienstag, den 24. September etc., nachmittags 5 Uhr, mit Herrn Berger und dem von ihm gleichfalls dorthin bestellten fürstlichen Hendlischen Generaldirektor A. D. und Generalbevollmächtigten für Hendlberg, Herrn Rolda, den mir Herr Berger dort erst vorstellte, im Café Josty, am Potsdamerplatz, zusammengetroffen. Es wurde sofort über die Ausgemeindung des Hendlischen Terrains eingehend verhandelt. Da Herr Rolda nicht länger Zeit hatte, so begleiteten wir ihn zu Fuß von Café Josty, wo beide Herren schon eine halbe Stunde auf mich gewartet hatten, bis zum Brandenburger Thor. Hierauf kehrten Herr Berger und ich ins Café Josty zurück, wo wir noch etwa eine halbe Stunde zusammenliefen. Während dieser ganzen Zeit, von meinem ersten Zusammentreffen mit den Herren Rolda und Berger an, ist ausschließlich und lediglich über die fürstlichen Hendlischen Projekte und die Stellungnahme der Gemeinde Vichtenberg dazu gesprochen worden. Im Laufe dieser Unterhandlung und zwar bei unserer zweiten Anwesenheit bei Josty, nachdem also Herr Rolda sich entfernt hatte, hat Herr Berger zu mir gesagt:

„Ich sollte nur die mir am Morgen offerierten 3000 M. annehmen, er würde schon eine Form finden, die mich gegen alle späteren Angriffe sicherstelle.“

Am Morgen desselben Tages ist Herr Berger auf meinem Bureau Dorstr. 34/44 erschienen, hat mit mir wegen der Abstimmung in der Hendlischen Angelegenheit gesprochen und dabei erklärt, wenn die Sache zur Annahme gelangt, bekommen Sie, Herr Rindermann, 3000 M.“ Ich habe dies Angebot rundweg abgelehnt und erklärt: „Es wäre besser, Herr Berger, Sie hätten etwas Derartiges mir gar nicht gesagt.“ Hierauf ist Herr Berger zu Charlottenburg nach Herrn Rolda gefahren und hat mich von da aus telephonisch zu der oben geschilderten Nachmittagskonferenz im Café Josty gebeten. Ich werde abwarten, ob Herr Berger diese meine Darstellung zu bestreiten wagt.

So Herr Rindermann. Hierzu ist erläuternd zu bemerken, daß Graf Hentel von Domersmard in der „Kreuz-Zeitung“ seiner Zeit eine Erklärung veröffentlicht hat, wonach sein Generalbevollmächtigter, also eben Herr Rolda, angewiesen gewesen sei, sich in keiner Weise mit Verhandlungen zu befassen, deren Charakter nicht unbedeutlich sei. Was mag Herrn v. Domersmard wohl veranlaßt haben, Herrn Rolda ausdrücklich mit dieser bei Ehrenmännern doch überflüssigen Anweisung zu versehen?

**Einen Selbstmordversuch** unternahm am Sonnabendabend ein Rekrut der 4. Kompanie des 1. Garde-Regiments z. B. in der Kaserne zu Potsdam. Der junge Mann hatte in den wenigen Tagen seiner Dienstzeit das Soldatenleben unerträglich gefunden und deshalb den Versuch gemacht, sich die Kehle mit einem Messer zu durchschneiden. Mit 5 Schritten, die er sich auf dem Rasenboden beibrachte, erreichte er aber sein Ziel nicht, da sie nicht tief genug waren. Blutüberströmt und brennend wurde schließlich der Unglückliche in einer Ecke beim Portal III aufgefunden und nach dem Garnisonlazarett gebracht.

### Gerihts-Beitung.

Aus Liebe zu ihrer Herrschaft sollte die Dienstmagd Helene Uthes zu Betrüglerin geworden sein. Das Schöffengericht hatte sie freigesprochen, der Staatsanwalt aber Berufung eingelegt. Die Angeklagte steht seit vielen Jahren in den Diensten des Wollereibesizers P. Die Vermögensverhältnisse ihrer Herrschaft waren in den letzten Jahren arg zurückgegangen, der Gerichtsvollzieher war ein häufiger Besucher. Eines Tages war die Angeklagte Ohrenweh, wie die Eheleute P. sich über ihre traurige Lage unterhielten. Der Ehemann P. meinte zu seiner Frau, es gäbe nur ein einziges Mittel, um ihn über Wasser zu halten: er möchte die Lieferung für ein Regiment erhalten. Aber selbst wenn ihm dies Glück zu teil würde, würden neue Schwierigkeiten entstehen, denn er wüßte nicht, wie er die zu hinterlegende Kaution von 200 M. beschaffen sollte. Die Angeklagte ging ohne Wissen ihrer Herrschaft zu einer ihr bekannten Dame und borgte sich 200 M.

Sie gab dabei allerdings an, daß das Geld für ihre Herrschaft bestimmt sei, soll dabei aber wachsam abzugeben haben, daß Herr P. die Lieferung mit dem Regiment bereits abgeschlossen habe. Freudenstrahlend überbrachte die Angeklagte ihrer Herrschaft das geliehene Geld. Aus der Lieferung wurde nichts, die 200 M. wurden zu anderen Zwecken verausgabt und als die Darlehensgeberin ihr Geld zurück haben wollte, war die Angeklagte außer Stande zu zahlen. Da die Zeugin dabei blieb, daß die Angeklagte bei Aufnahme des Darlehens behauptet habe, die Militärlieferung sei bereits abgeschlossen, so hielt der Staatsanwalt einen vollendeten Betrag für vorliegend. Er verurteilte nicht, daß die Angeklagte von edlen Beweggründen geleitet worden sei und beantragte nur eine Geldstrafe von 80 M. Der Gerichtshof hielt es indessen nicht für ausgeschlossen, daß bei der Zeugin ein Mißverständnis obwalte und daß die Angeklagte nur von einer in Aussicht stehenden Lieferung gesprochen habe. Es wurde deshalb wiederum auf Freisprechung erkannt.

**Das Nachspiel zu einem 20 000 M.-Diebstahl** beschäftigte gestern das Schöffengericht und bildete selbstsamterweise einmal eine Verstärkung des alten Wortes: „Unrecht Gut gedeiht nicht.“ Anfang dieses Jahres machte das Abenteuer eines Fabrikbesizers von sich reden, der so leichtsinnig gewesen war, auf einer nächtlichen Bier- und Weinreise durch Berlin die Kleinigkeit von 20 000 M. in der Westentasche mit sich herumzuschleppen. Er hatte in einem Café die Bekanntheit einer Dirne gemacht, hatte diese in ihre Wohnung begleitet und war dort eingeschlafen. Die Wohnung wurde noch von einem andren Mädchen geteilt. Als der Fabrikbesitzer aus seinem Schlummer erwachte, stellte er sofort fest, daß der in seiner Westentasche bewachte Schatz verschwunden war, gleichzeitig war aber auch das Mädchen, welches er begleitet hatte, eine gewisse Kartha Tappert, so hat, als wenn sie im tiefsten Schlaf läge und von den Vorkommnissen nichts wüßte. Es war offenbar, daß die beiden Mädchen zusammen operiert hatten und die Harnisch des Beite gerückt hatte, um den erbeuteten Schatz in Sicherheit zu bringen. Wo und auf welche Weise dies geschehen, hat sich nicht ermitteln lassen, alle Anzeigen sprechen jedoch dafür, daß die Harnisch, die einige Zeit verschwunden war und sich dann selbst der Polizei gestellt hatte, den Schatz auf einem Gehöft bei Köttbus vergabten hat. Es ist festgestellt worden, daß sie eines Tages in aller Frühe in Köttbus mit einem Paket unter dem Arm gesehen und ohne Paket von dort wieder abgefahren ist. Die daselbst eifrig angestellten Nachforschungen haben ein Ergebnis nicht gehabt. Die Spüßböbin wurde seiner Zeit zu 1 Jahr 7 Monaten, ihre Freundin Tappert zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Letztere scheint bei dem Raube leer ausgegangen zu sein, aber auch die Harnisch dürfte wenig Freude an dem vergabten Schatz haben, denn sie ist im höchsten Grade schwindsüchtig. Auch die gestern vor dem Schöffengericht stehende Frau Vanasch, die einen kleinen Teil des Raubes erhalten hat, dürfte keine freundliche Erinnerung an dieses nächtliche Abenteuer bewahren. Sie stand in freundschaftlichen Beziehungen zur Harnisch und hatte von dieser etwas Geld zu fordern. In einem Aufzug von Generosität hatte die Harnisch vor ihrem Verschwinden von Berlin ihr einen Taufendmarktschein mit dem Ertrugem zugestellt, ihre Schuld damit zu begleichen und den recht großen Rest mit einer Waisfrau zu teilen. Das Schöffengericht teilte mit dem Staatsanwalt die Ansicht, daß es der Angeklagten gar nicht zweifelhaft sein konnte, daß die Harnisch den Taufendmarktschein nur auf unehrliche Weise erworben haben mußte. Die Angeklagte wurde daher wegen Hehlerei zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

**In vierter Instanz** ist dieser Tage eine schon lange schwebende Privatklage des Verlegers der „Musik- und Theaterwelt“, Dr. A. D. L. W. H. F. gegen den Herausgeber der Zeitschrift für die musikalische Welt, Musiklehrer Max Löwenhard begraben worden. Der letztgenannte war vom Schöffengericht zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil nach Ansicht des Gerichts ein Artikel, in welchem er das Geschäftsbild der „Musik- und Theaterwelt“ einer herben Kritik unterzogen hatte, Verleumdungen gegen den Privatkläger enthielt. Der Angeklagte hatte Verurteilung eingelegt und vor der achten Strafkammer seine Freisprechung erzielt, weil das Gericht annahm, daß er sich in gutem Glauben befunden und in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Das Kammergericht hatte jedoch das freisprechende Urteil aufgehoben und so mußte sich die achte Strafkammer nochmals mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Diesmal kam zwischen den Parteien ein Vergleich zu stande, durch den der Streitfall beendet wurde.

### Verfammlungen.

**Der Centralverband der Zimmerer** (Zahlfstelle Berlin und Vororte) hielt am Sonntag in den Arminkahnen seine Generalversammlung ab. Zunächst erstattete der Kassierer Rube den Kassierenbericht für das 3. Quartal. Die Abrechnung der Verbandszahlfstelle weist in Einnahme und Ausgabe die Summe von 12 555,17 M. auf. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 4388,13 M. gegen 3589,87 M. im vorigen Quartal. An die Hauptkasse wurden 6572,80 M. gesandt. Die Einnahmen des örtlichen Fonds der Zahlfstellen Berlins und der Vororte betragen 28 272,43 M., die Ausgaben 5084,56 M. Der Bestand beträgt somit 28 187,87 M. gegen 22 853,83 M. im vorigen Quartal. Dem Kassierer wurde nach kurzer Debatte einstimmig Decharge erteilt. — Darauf hielt der Schriftsteller Georg Bernhardt einen Vortrag über „Krank und Kräfte“, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Bei der Beratung über Verbandsangelegenheiten wurde der Beschluß, die Konferenz zur Festlegung der Arbeitsbedingungen im gleichen Verhältnis wie im Vorjahre zu beschiden, einstimmig gutgeheißen.

**Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen** (Ordnungsverwaltung Berlin) hielt am 18. Oktober seine ordentliche Generalversammlung ab. Der 2. Vorsitzende Hilgert gab den Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß insgesamt durch den kostenlosen Arbeitsnachweis vermittelt wurden: Feste Stellen 109, Ausbildestellen 3786. Nach den ortsüblichen Gebühren berechnet würden den privaten Stellenvermittlern 2079,75 M. zu bezahlen gewesen sein. Der Kassierenbericht ist folgender: Bestand vom vorigen Quartal 653,10 M. Einnahme im 3. Quartal 4053,25 M., Ausgabe 3077,90 M. Bestand 975,45 M.

**Die Posamentiererei** hielten am 20. d. M. eine sehr stark besuchte Versammlung ab. Kassierer Moritz Alshner gab den Kassierenbericht: Einnahmen inkl. Bestand vom 2. Quartal 533,07 M., Ausgaben 431,91 M., demnach bleibt Bestand 101,16 M. Den Bericht der Kranenagel- und Aufschlüsselung gab Kollege O. Rehm. Einnahmen inkl. Bestand 752,22 M., Ausgaben 106,88 M. bleibt Bestand 645,34 M. Sodann wurden die Prüfstände bei der Firma Röstermann, hier, Burgstr. 29, einer eingehenden Kritik unterzogen. Bei dieser Firma wurde ein Kollege, welcher bemüht war, die Preise auf der in anderen Geschäften üblichen Höhe zu erhalten, nach einem Streit mit dem Sohne des Chefs entlassen, und ein anderer Kollege legte infolge dessen gleichfalls die Arbeit nieder. Die Versammlung beschloß, die Sperre über die Firma zu verhängen.

**Die Vereinigung deutscher Maler** (Zentrale Berlin) hielt am 15. Oktober ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Kassierer erstattete den Kassierenbericht. Derselbe ergab eine Einnahme von 1521,16 M., eine Ausgabe von 1184,98 M., bleibt Kassienbestand 336,18 M. An die Hauptkasse wurden im dritten Quartal 2624,64 M. abgeliefert. Der Kassierer wurde entlassen. Den noch ausstehenden Gläubigern und Bauanschlägern wurden je 15 M. bewilligt. Für die Neuwahl des Gehilfen-Ausschusses wurden 4 Kollegen nominiert und eine Bewerbe über die Handhabung des paritätischen Arbeitsnachweises dem Auktatorium desselben überwiesen.

**Der Verein Berliner Droschkenfahrer** hielt seine ordentliche Mitglieder-Versammlung für das dritte Quartal am 22. d. M. in den Arminkahnen ab. Der Vorsitzende Knüttler erstattete den Geschäftsbericht für das abgelaufene Quartal; demselben zufolge wurden im Vereinsbüreau, Schlegelstr. 59, in Fahrgelegenheiten

122 Protokolle aufgenommen und 200 Briefe und Karten versandt. 32 Mitglieder sind dem Verein neu beigetreten, so daß derselbe am 1. Oktober d. J. 1282 vollberechtigte Mitglieder zählte. Das Vereinsvermögen belief sich zum gleichen Zeitpunkt auf 10 348,04 M. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die Besprechung über den eventuellen Anschluß des Vereins an den Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. In seinem diesbezüglichen Referat erörterte Oswald Schumann alle einschlägigen Fragen, vermachte jedoch nicht, die Versammlung davon zu überzeugen, daß dem Verein aus dem Anschluß an den Centralverband ein Vorteil erwachse.

**Die Kammmacher** und alle in der Branche beschäftigten Personen hielten am 22. d. M. ihre monatliche Branchenversammlung ab, die von den Kollegen im Osten und Südosten gut besucht war, jedoch fehlte der Norden fast ganz. Unter andrem fand die Neuwahl der Agitationskommission statt, in welche acht Kollegen gewählt wurden, damit eine regere Agitation, wie bisher bei drei Mann, unter den dem deutschen Holzarbeiter-Verbande noch fernstehenden Kollegen betrieben werden könne.

**Gegen den Milchring** nahm eine am Freitag abgehaltene, von Schöneberger Milchhändlern einberufene Versammlung Stellung. Genosse D. b. M. schilderte in einem eingehenden Referat die Bedeutung und die wirtschaftlichen Folgen des Milchkrieges. In der Diskussion wurde den Milchhändlern gesagt, daß sie, die in dem Milchriege die Hilfe der Arbeiterschaft brauchen und — allerdings auch im Interesse der letzteren — erhalten, sich bei den Stadtverordnetenwahlen auch jetzt wieder auf die Seite der Gegner der Arbeiterschaft stellen. Schließlich wurde eine Protestresolution gegen die Bestrebungen des Milchringes, in der die Arbeiter sich verpflichten, die Geschäfte der Milchzentrale zu meiden, einstimmig angenommen.

**Der sozialdemokratische Wahlverein für Ober-Schöne-weide** hielt am 23. Oktober eine außerordentliche Generalversammlung ab. In Ermangelung eines Referenten wurde die Geschäfts- und die Prostitution, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung verlesen. In der Diskussion wurde bemerkt, daß es immer wiederkehrender Fehler auch der Schriftsteller unserer Partei sei, möglichst viele Fremdwörter zu benutzen, zu deren Verständnis das Wissen der Allgemeinheit nicht ausreicht und welche, ohne dem Inhalt zu schaden, ganz gut verdeutscht werden könnten. Als Vertrauensmann wurde Genosse Burgschal einstimmig gewählt. An Stelle des Genossen Burgschal wurde dann der Schriftführer Genosse Grunow zum Vorsitzenden und der Genosse Boigt zum Schriftführer gewählt. In die Lokalkommission wurden die Genossen Dehlbed, Reinholz und Siefel gewählt; als Bezirksführer die Genossen Siefel, Reinholz, Wiener, Peters und Stephan. Als Delegierte zur Kreisversammlung wurden die Genossen Siefel, Dehlbed und Wiener vorgeschlagen, welcher Vorschlag einstimmig angenommen wurde. Zur Aufnahme in den Verein hatten sich vier Genossen gemeldet. Die nächste Versammlung findet am 13. November im Lokale des Genossen John statt.

**Centralverein der Bildhauer Deutschlands** (Verwaltungsstelle Berlin). Dienstag, den 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Eingeladene: Ordentliche Generalversammlung.

### Vermishtes.

**Von den Wirkungen des Zollschutzes.** Die Menge der im Rechnungsjahr 1900 im deutschen Zollgebiete mit Befehlsgabe belegten Waren ist mit fast 18 000 Kilogramm um 4000 Kilogramm größer als im Vorjahre. Dies rührt von einem Posten von über 6000 Kilogramm Erdöl (1899: 1021 Kilogramm) her, welcher über die niederländische Grenze einzuführen versucht wurde. Ueber die Grenze gegen Rußland werden hauptsächlich Salz, Cigaretten und Cigarretten geschmuggelt, gegen Oesterreich Baumwollwaren, Kleider, Brantwein, Wein, Tabak, gegen die Schweiz vorwiegend Zucker, gegen Belgien Salz, gegen Holland außer Erdöl namentlich Kaffee, über die Grenze gegen die Ostsee und Nordsee war dagegen die Rasse der angehaltenen Waren bei unmittlbarer Einfuhrung äußerst gering. Sie betrug nämlich nur 133 bezw. 445 Kilogramm, davon entfielen auf die Grenze gegen die Ostsee 94 Kilogramm Brantwein, 23 Kilogramm Kaffee, 13 Kilogramm Tabak, 22 Kilogramm Zucker, gegen die Nordsee 268 Kilogramm Salz sowie kleinere Posten von Weisstoffen, Getreiden, Kaffee, Zucker und Thee. Wie mag das erst werden, wenn der neue Zolltarif in Geltung ist?

**Ein seltsamer Eisenbahn-Unfall**, der mittelbar den Tod eines Stationsbeamten zur Folge hatte, ereignete sich, wie aus Uelzen gemeldet wird, am Sonntagabend bei der Station Bienenen. Einige Streckenarbeiter schafften Eisenbahnen über das Geleis, als der Bremer Schnellzug herannah. Die Arbeiter warfen die Schienen schrägen fort, und der Schnellzug fuhr auf dieselben auf. Dadurch sprang die Maschine aus dem Geleis und einige Wagen wurden beschädigt. Es wurde nach Uelzen telegraphiert, und bald kam eine Hilfsmaschine mit Hebezeug an. Kurz bevor dieselbe hielt, sprang der Stationsassistent v. Bothmer aus Uelzen von der Maschine herab und geriet unter die Räder derselben. Dem Unglücklichen wurde Kopf und Brust zerquetscht, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Leiche wurde sofort nach Uelzen zurückgeschafft.

### Marktpreise von Berlin am 26. Oktober 1901

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Art	Preis	Ware	Art	Preis
Weizen	gut	14,30	Barfloss, neue, D-Gt.	8	5,-
„	mittel	„	„	1 kg	1,70
„	gering	„	„	1 kg	1,40
† Roggen	gut	14,20	„	1 kg	1,60
„	mittel	„	Schweinefleisch	„	1,80
„	gering	„	„	„	1,60
* Weizen	gut	14,40	„	„	2,80
„	mittel	13,60	Butter	60 Stk	5,00
„	gering	12,90	„	1 kg	2,20
* Weizen	gut	16,20	„	„	2,50
„	mittel	15,30	„	„	2,60
„	gering	14,50	„	„	2,00
† Weizen	„	7,50	„	„	1,80
„	„	8,60	„	„	2,80
„	„	40	„	„	1,40
Speisebohnen	„	50	„	„	16
„	„	60	„	„	3

† frei Bohnen.  
\* frei Weizen und ab Bohnen.  
**Produktenmarkt** vom 28. Oktober. Am Frühermarkt traten keine wesentlichen Veränderungen ein und da die unentschiedenen Meldungen aus Amerika nicht anzuregen vermochten, so blieb der Markt außerordentlich ruhig. Mittags brachten zunächst höhere Preisnotierungen in Österreich eine leichte Befeuchtung, doch gingen die nur unwesentlichen und unannehmen Preisrückgänge infolge der allgemeinen Geschäftsunlust bald wieder verloren. Ware-Offerten waren anfangs knapp gehalten, später zunehmend. Weizen und Roggen schlossen etwas billiger als gestern. Wehl war still und unverändert; Paster behauptet, Mais loco seher. Am Rübölmarkt war kein Handel; Weizen wie Rehmer vertrieben sich abwartend. Spiritus ging weiter 30 Pf. im Preise zurück; 70er loco stellte sich auf 32,90 M.

### Witterungsübericht vom 28. Oktober 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Stationen	Barometer	Wind	Witterung
Emmende	769	SB	3 wolfig	Capranza	739	SB	6 Regen
Hamburg	769	SB	4 bedekt	Bretzburg	760	SB	3 bedekt
Berlin	771	SB	1 bedekt	„	765	SB	5 Regen
Frankf./M.	772	S	2 wolfig	„	„	„	„
München	771	SO	3 hebel	„	772	SB	1 bedekt
Wien	772	SB	1 wolfig	„	„	„	„

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 29. Oktober 1901.**  
Sichtlich warm, vielwolfig, aber veränderlich bei frischen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau.